

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntag.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 68, Urbanstr. 68 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro viergespaltene Zeile 40 Pf.;
für Werbungsmitglieder 40 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Verlaut-
barungsanzeigen 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 22.

Berlin, den 25. Mai 1913.

29. Jahrgang.

Neue Gefahren für die Luxuspapier- und Kartonnagen-Industrie.

Die Wehrvorlage, diese Ausgeburt militäristischer Großmannsjucht, fordert ungeheure Opfer, an denen wir Arbeiter in erster Linie zu tragen haben werden. Nicht nur, daß durch entsprechende Besteuerungen die Abwälzung der Lasten auf die breiten Volksmassen erfolgen wird, einzelne Arbeitergruppen werden auch als solche in noch weit höherem Maße zu den Kosten des wahnwitzigen Wehrtrübens herangezogen werden. Seit Monaten schon ist man auf der Suche nach neuen Besteuerungsobjekten, und es scheint, daß man auch die Erzeugnisse unserer täglichen Berufsarbeit als recht geeignete Objekte zur Schröpfung ansieht. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 8. Mai schreiben nämlich:

Luxussteuern. In Sirths Annalen des Deutschen Reichs hat Regierungsrat Graf soeben eine Abhandlung über „Deutsche Luxussteuern“ erscheinen lassen, worin er vorschlägt, an Stelle der in den Wehr- und Deckungsvorlagen vorgesehenen Stempelsteuern zwei Luxussteuern, etwa die auf Ansichtskarten und Glacéhandschuhe, zu legen. Ueber die Besteuerung der Ansichtskarte schreibt Graf:

„Es ließe sich hier vermutlich ohne allzu große Belästigung des Kleinverbrauchs eine ähnliche Verpackungsbanderole einführen, wie sie bei den Zigaretten besteht, so daß die Karten im Inlande vom Hersteller oder Großhändler nur in vollständig geschlossenen, mit den Steuerzeichen versehenen Packungen, auf welchen mittels Druckschrift der Inhalt nach Art und Menge und der Verkaufspreis anzugeben wäre, abgegeben werden dürften. Die Steuerzeichen wären an der Packungen so lange zu erhalten, bis diese geöffnet werden; der Einzelverkauf dürfte nur aus den zugehörigen Umschließungen erfolgen. Da beim Kauf von Ansichtskarten die vorherige Besichtigung unerlässlich ist, wäre, wie für die Zigarettenpackungen, zu gestatten, daß die Packungen auf der Schauseite mit durchsichtigen Deckeln aus Glas, Zellhorn und dergl. versehen werden.“

Die Glacéhandschuhsteuer denkt sich Regierungsrat Graf so, daß eine automatische Stückzählung und automatische Wärfung mit einem steuerlichen Kennzeichen auf der Innenseite der Handschuhe Platz greift.

Die Verwirklichung des hier gemachten Vorschlages würde nichts anderes bedeuten als den **M u i n d e r g e s a m t e n A n s i c h t s p o s t k a r t e n i n d u s t r i e**, die ohnedem schon sehr zurückgegangen ist, seit der amerikanischen Zolltarif eine ins Angemessene gesteigerte Erhöhung der Zollsätze brachte. Nachdem erst vor wenigen Tagen der neue Zolltarif in Amerika zur Annahme gelangt ist, der eine Ermäßigung dieser Zollsätze vorseht und damit zugleich die Möglichkeit eines erhöhten Auslandsgeschäfts erkennen ließ, an der auch die Arbeiterschaft — sei es auch nur in Gestalt gesteigerter Arbeitsgelegenheit — lebhaft interessiert ist, kommt dieser Münchener Bureaukrat gerade rechtzeitig, um diese Hoffnungen mit seinem Vorschlage der Besteuerung von Ansichtskarten zu zerstören.

Auch eine event. Besteuerung von Handschuhen würde eine zerstörende Rückwirkung auf große Teile der Kartonnagenindustrie ausüben.

Kaum daß sich diese von den verheerenden Wirkungen der Zigarettenbanderolesteuer etwas erholt hat, soll jetzt ein anderer Zweig dieser Industrie zum Weile des militäristischen Molochs Schröpfung ange-
setzt bekommen. Darüber braucht sich wirklich niemand einer Täuschung hinzugeben, daß bei Annahme des obigen Vorschlages die Handschuhkartonfabrikation besitzig sein wird, denn die Handschuhfabrikanten werden die Steuern neben anderem herinzubringen versuchen, indem sie die Verpackungen ihrer Produkte vereinfachen. Da aber die Glacéhandschuhe als Luxusware seitler eine etwas bessere Verpackung in Form von Kartons hatten, so wird man eben diese bessere Verpackung für die Folge unterlassen und viele Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Kartonnagenarbeitern und -arbeiterinnen werden ihre so schon kümmerliche Existenz verlieren.

Wenn es auch zunächst nur unerbündliche Vorschläge sind, die der Münchener Steuerfucher zur Entlastung unserer Besthenden macht, dann ist es doch nicht ausgeschlossen, daß der Drang nach Abwälzung der Lasten der Wehrvorlage auch ein ernstliches Eingehen auf seinen viele Existenzen vernichtenden Vorschlag mit sich bringt. Da heißt es wirklich, auf dem Posten zu sein, um diese uns drohenden Gefahren abzuwehren. Vielleicht bringen diese unangenehmen Ausichten die zuständigen Unternehmerorganisationen zu der Erkenntnis, daß es tatsächlich gut ist, gemeinsam mit den Arbeiterorganisationen gegen sie anzugehen, während die vielen noch nicht organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der gefährdeten Berufsgruppen sich den einzig sicheren Schutz gegen solche Vernichtungspläne suchen sollten. Je größer die geschlossene Masse ist, die gegen diese angeht, um so sicherer ist auch der Erfolg, der ihr winkt. Ihr Luxuspapier- und Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen, merkt Euch dies!

Aus unserem Beruf.

Buchbinder-Verhältnisse in Württemberg.

Der Bericht der Gewerbeinspektion für das Königreich Württemberg für 1912 bringt an einigen Stellen Mitteilungen aus unserem Gewerbe, die einem größeren Kreis zugänglich gemacht zu werden verdienen. Zunächst ein Vergleich: Von den 17 907 Betrieben mit 275 534 Arbeitern entfallen auf die Papierindustrie 198 Betriebe mit 11 310 Arbeitern. Bei der Berufs- und Gewerbebegählung 1907 wurden aber allein in der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation 892 Hauptbetriebe mit 6798 Arbeitern innerhalb Württembergs gezählt. Diese Zahlen lassen also irgend einen Vergleich nicht zu, da in der Arbeiterzahl der revisionspflichtigen Betriebe der Gewerbeinspektion auch in den Gruppen „Polygraphische Gewerbe“ und „Lederindustrie“ eine größere Zahl, vereinzelt auch noch in vielen anderen Berufsgruppen, Verursachungsgründe eingeschlossen sind. In den revidierten 190 Betrieben waren beschäftigt: 5935 Arbeiter, 3774 Arbeiterinnen, 620 männliche und 798 weibliche Jugendliche von 14—16 Jahren und 47 männliche und 36 weibliche unter 14 Jahren, zusammen also 11 210 Beschäftigte. Nicht revidiert wurden 8 Betriebe mit 100 Arbeitern. Es ist bedauerlich, daß gerade einige der kleinsten Betriebe, in denen erfahrungsgemäß am meisten An-

laß zu Beschwerden besteht, von einer Revision nicht erfaßt wurden.

In dem Bericht wird von der zunehmenden Einführung der Durcharbeitszeit an Samstag und Vorabend der Feiertage berichtet, aber auch das überraschende Ergebnis festgestellt, daß die Kürzung der Arbeitszeit vorwiegend nicht in den Betrieben mit überwiegend weiblichen Arbeitskräften, sondern in solchen erfolgte, in denen männliche Qualitätsarbeit vorberichtet. Speziell in Heilbronn soll die Durcharbeitszeit als annähernd allgemein durchgeführt gelten. Ueber die Abschaffung der Lohnzahlungsbücher soll bei Arbeitgebern und Arbeitern allgemeine Befriedigung herrschen. Als sehr praktisch sind die Lohnlütten aus durchsichtigem Papier bezeichnet, weil der Inhalt vom Empfänger ohne Öffnen der Tüte nachgezählt werden kann.

Ueber den Umfang der Hausarbeit wird berichtet, daß im ersten Bezirk (Stuttgart-Stadt umf.) 90 Personen in der Papierwaren- und Kartonnagenfabrikation ermittelt wurden. Im zweiten Bezirk — in den Oberämtern Reutlingen, Rotweil, Spaichingen, Stuttgart-Um und Tübingen — wurden von 9 Firmen 8 Hausarbeiter und 235 Hausarbeiterinnen mit dem Verleihen von Kartonnagen beschäftigt. Im Oberamt Heilbronn lassen 3 Fabriken durch 100 Frauen Lüten fleben und Gebwürtsäckchen schnüren. Weitere spezielle Angaben fehlen.

Bei einer Revision wurde festgestellt, daß in einer Kartonnagenfabrik ein eisfähriges (!) Mädchen beschäftigt wurde. — In einer Kartonnagenfabrik wurde festgestellt, daß die jugendlichen Arbeiter während der für sie festgesetzten halbtägigen Wesperrausen öfter an ihren Arbeitstischen sitzen blieben, angeblich ohne weiter zu arbeiten. Da für die erwachsenen Arbeiter keine Pausen bestanden, der Betrieb somit nicht eingestellt war, so wurde das Oberamt veranlaßt, der Firma den Aufenthalt der Jugendlichen im Arbeitsraum während der Pausen zu untersagen. Ein Aufenthaltsraum war vorhanden, an dessen rechtzeitiger Eröffnung es aber bei früheren Revisionen gefehlt hatte, weshalb auch dieser Mibstand gerügt wurde.

Der Mindererschuß in der Papierindustrie erforderte 67 Revisionen, wobei 104 — fast ausschließlich eigene — Kinder ermittelt wurden. Bestraft wurde wegen unzulässiger Beschäftigung von Kindern u. a. auch ein Kartonnagenfabrikant mit 20 Mk., weil er Schulkinder in der Freizeit beschäftigte. Als neue Arbeitsart wird u. a. das Aufkleben von Lederabfällen auf Papier zu Schuhabsätzen bezeichnet.

Betriebsunfälle werden nicht berichtet. Unter „Gesundheitspflege“ ufm. wird berichtet, daß eine Firma der Papierverarbeitung in Stuttgart mit 25 Arbeitern für familiäre Arbeiter Handschuhe eingeführt hat, die wöchentlich gewechselt und deren Reinigungsstellen mit 8 Pf. pro Stück zur Hälfte von den Arbeitern und der Fabrik getragen werden. Der Abschnitt „Wohlfahrtspflege“ bringt nichts, was uns interessieren könnte, er enthält noch nicht einmal solche weitbewegenden Geschehnisse wie das vorstehend mitgeteilte.

Aus dem Tabellenwerk ergibt sich eine Abnahme der revisionspflichtigen Betriebe um einen, der Betriebe mit jugendlichen Arbeitern um 5. Zugenommen haben die Arbeiter insgesamt um 584, davon entfallen auf die

Gruppe männliche Arbeiter 389 und auf Arbeiterinnen 217; die Jugendlichen von 14-16 Jahren zeigen eine Abnahme um 8, die Kinder unter 14 Jahren von 14. — Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen wurden in 27 Betrieben 181 festgestellt, bestraft wurde 1 Unternehmer. Geschwändrige Beschäftigung von Jugendlichen kam in 27 Betrieben 136mal vor, bestraft wurde ein Unternehmer. Trotz erheblicher Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufes wurde noch in 27 Betrieben in 46 Fällen Erlaubnis zur Ueberzeitarbeit von Arbeiterinnen gegeben. Und zwar arbeiteten 1200 Arbeiterinnen an 498 Tagen 20484 Ueberstunden. Dazu kommen noch die von 4 Arbeiterinnen an 52 Sonntagen geleisteten 208 Ueberstunden und die in 11 Betrieben an 32 Sonntagen von 187 Arbeiterinnen geleisteten 3255 Arbeitsstunden. Zu einer so weitgehenden Bewilligung wird kaum ein zwingender Grund vorgelegt haben.

So weit der Bericht, der wenig Erfreuliches enthält und der in seinem Umfange abermals trotz gesteigerter Arbeiter- und Betriebszahl verfürzt wurde.

Die Bedeutung der Maschinen-Industrie für unseren Beruf

läßt eine Aufzählung der von der Maschinenfabrik Carl Krause in Leipzig im Vorjahre zum Versand gebrachten Maschinen erkennen, die wir der „Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“ entnehmen. Nach dieser Aufzählung hat die Firma Krause zum Versand gebracht: 1972 Schneidmaschinen, 1504 Pappscheren, 1206 Eden-Ausstöß- und Rundstichmaschinen, 636 Pergolde- und Prägepressen, 521 Glätt- und Radpressen, 471 Pappen-Mis-, Mälen- und Nutmaschinen, 21 verschiedene Buchbindereimmaschinen, 297 Ausstanzmaschinen, 192 Koppenschiebemaschinen, 107 Balancierpressen, 44 div. Walzwerke, 20 Längs-Querschneider und 176 verschiedene Spezialmaschinen.

Das sind 7457 Maschinen aus einer einzigen Fabrik, die fast ausnahmslos in die Betriebe unseres Berufes wanderten und den Maschinenpark unserer Unternehmungen ganz gewaltig vermehrten. Die gesamte Verrechnung des Maschinenparkes kann man sich denken, wenn man beachtet, daß wir eine große Zahl von Maschinenfabriken haben, die fast ausschließlich Spezialmaschinen für unser Gewerbe verfertigen. Und fast jede Maschine erzeugt eine Anzahl Handarbeiter und Arbeiterinnen...

Japans Bücherproduktion.

„In welcher Weise sich Japan zum Kulturland entwickelt, läßt sich neben anderem auch daraus erkennen, daß es seit einiger Zeit mehr Bücher produziert hat als irgendein europäischer Staat oder auch Amerika, obgleich es an Einwohnerzahl (83 Millionen) weit hinter Deutschland steht und nicht viel größer als Großbritannien oder Frankreich ist. Die „König. Ztg.“ weiß darüber folgende interessante Angaben zu machen:

„Im Jahre 1910 betrug die Zahl aller in Japan veröffentlichten Bücher und Broschüren 41 820, in

Deutschland, dem druckfreudigsten Lande Europas, dagegen nur 31 281, in den Vereinigten Staaten 13 470 und in England nur 10 804. Im Jahre 1908 veröffentlichte Japan 29 029 Bücher und Broschüren, Rußland 23 852, England 9821, Frankreich 8805, die Schweiz 7884, Italien 6918, Dänemark 3580, Holland 3258, Belgien 2763 und Spanien 2273. Die gesamte jährliche Bücherzeugung der Welt wird auf 150 000 Bücher und Broschüren geschätzt. Auf Japan würden demnach heute nicht weniger als 27 v. H., d. h. mehr als ein Viertel aller in Buch- und Broschürenform erscheinenden Veröffentlichungen fallen. Fast man die gesamte Statistik der japanischen Bücherherstellung des laufenden Jahrhunderts ins Auge, so ist eine ununterbrochene und stetige Zunahme von 18 616 Büchern und Broschüren im Jahre 1900 bis auf 41 820 im Jahre 1910 wahrzunehmen.

Die Preise der japanischen Bücher sind meist noch ziemlich hoch. Doch sind z. B. Wörterbücher auch wieder anerkanntermaßen außerordentlich billig, und ebenso gewisse andere Bucharten. Der hohe Preis der Romane erklärt sich daraus, daß sie meist auf teures Papier gedruckt und von guter Ausstattung sind. Bei der ungeheuren Masse der erzeugten Bücher kann es eigentlich nicht wundernehmen, wenn es heißt, daß die Produktion den Bedarf übersteigt, so daß viele japanische Verlagshäuser in Schwierigkeiten geraten. Aber selbst eine Heberproduktion zugegeben, hat man doch allen Anlaß, vor dem Streben nach Bildungsvermittlung in Japan zu staunen.

Freilich muß man die vorstehende Mitteilung über die japanische Bücherproduktion mit einiger Vorsicht aufnehmen und die Verantwortung für die angeführten Zahlen der „König. Ztg.“ überlassen. Denn nach einer anderen Lesart — deren Quelle wir leider nicht kennen — betrug die Bücherproduktion der Welt im Jahre 1911 163 392 Werke, von denen auf Deutschland 33 000, Rußland 29 000, Japan 24 000, die Vereinigten Staaten 11 223, Großbritannien 11 000, Italien 10 929, Frankreich 10 400, Schweiz 10 000, Österreich-Ungarn 7000, Dänemark, Schweden, Norwegen 6475, Balkanländer (Bulgarien, Griechenland, Montenegro, Rumänien, Serbien, Türkei) 4000, Holland 3700 und Spanien-Portugal 2665 entfielen. Daß der Rückgang der japanischen Bücherproduktion von 1910 auf 1911 ein so gewaltiger sein soll, ist jedenfalls kaum anzunehmen, obwohl der Berliner Handelskammerbericht eine steigende Ausfuhr von Büchern nach Japan feststellt.

Eine Bibliothek ohne Bücher.

„Eine Revolution des ganzen Bibliothekwesens erstreben der bekannte Brüsseler Bibliophiler Robert Goldschmidt und der Direktor des Internationalen Bibliographischen Instituts in Brüssel Paul Otlet durch eine Bibliothek ohne Bücher, die, auf wenige Zettel zusammengebrängt, wenig Raum einnimmt und doch auch den Inhalt umfangreicher Bökanten gut lesbar wiedergibt. Wie ein Aufsatz der „Zeitschrift für Bucherfreunde“ mittelst, soll dies Wunder auf dem Wege mikrographischer Reproduktionen von Druckwerken erreicht werden. Auf die Möglichkeit, auf diesem Wege einen Ersatz für Bücher im kleinsten Format zu schaffen, hatte schon 1865 ein gewisser Simpson in London hingewiesen. Mit Erfolg wurde das Verfahren bei der Belagerung von Paris angewendet, wo von Brieftauben auf einem Plättchen von

vier Quadratcentimetern bis zu 1500 Deperchen befördert wurde, die bei der Ankunft vergrößert und an ihre Adressaten weitergegeben werden konnten. In einer Denkschrift, die dem Brüsseler Internationalen Institut eingereicht wurde, haben nun die beiden Gelehrten eine ähnliche Methode empfohlen, die zur mikrographischen Vervielfältigung von Artikeln aus Zeitschriften und ganzen Büchern geeignet ist. Seite für Seite wird das betreffende Buch oder der Aufsatz mit Hilfe eines besonderen Apparates photographiert. Der Mechaniker braucht nur die Seiten wie beim Lesen umzuschlagen und gleichzeitig die entsprechende Veränderung der photographischen Platte und die Öffnung des Objektivs zu bewirken. In dieser Weise können in einer halben Stunde 50 Seiten eines Oktavbandes auf einer Platte von 9 x 12 Zentimetern photographiert werden. Durch das übliche Verfahren kann man von dieser Platte nun positive Abzüge erhalten; aber auch die negative Platte läßt sich ohne weiteres verwenden, nur weist sie die Schrift in weißen Buchstaben auf schwarzem Grunde auf. Legt man der Berechnung die all-gemein üblichen Größenverhältnisse des bibliographischen Repertoriiums zugrunde, so ergibt sich die erstaunliche Tatsache, daß sich auf einem Zettel von 72 Quadratcentimetern nicht weniger als 72 Seiten unterbringen lassen, wobei man sich je nach dem Formate des Buches einer 50-, 100- oder 200fachen Vervielfältigung bedienen kann. Da die Aufsätze in den Zeitschriften gewöhnlich nicht länger als 72 Seiten sind, so lassen sie sich in den meisten Fällen mit Leichtigkeit auf einem einzigen Zettel unterbringen; doch auch um irgend ein Buch in dieser Weise zu reproduzieren, wird stets eine geringe Zahl solcher Zettel genügen.

Die ganze Einrichtung erhält selbstverständlich nur dadurch einen praktischen Wert, daß es möglich sein muß, die Vergrößerung der mikrographischen Aufnahmen sofort und ohne Schwierigkeit zu bewirken. Dafür ist aber nimmer ein ausgezeichneter Apparat vorhanden in dem Resediapodium des Photographen Goldschmidt, das allen Anforderungen in hohem Maße entspricht. Das photographische Bild des Druckes wird dadurch auf einen weißen Karton projiziert und die Bewegung einer Kurbel genügt, um Seite für Seite vor dem Vergrößerer vorbeigleiten zu lassen. Die Bewegung der Kurbel entspricht so vollständig dem Blättern in einem gewöhnlichen Buche und die Täuschung, daß man in einem richtigen Buche lese, ist so groß, daß man, wenn man die Lektüre einer Seite beendet hat, sich versucht fühlt, den Karton wie das Blatt des Buches mit der Hand umzublenden.

Die allgemeine Einführung dieses mikrographischen Verfahrens würde eine ungeheure Umwälzung im Reich der Bücher zur Folge haben. Alle die kostbaren Dokumente und Manuskripte, die bisher nur mit schwerem Herzen zur Benützung gegeben wurden, bräuchten nicht mehr aus ihrem sicheren Gewahrsam herausgenommen zu werden, da ja statt des Originals eine genaue, bequeme und leicht zu verschickende Reproduktion zur Verfügung steht. Die einzelnen Bibliotheken könnten durch den Austausch ihrer Filials in ungeahnter Weise bereichert werden. Jede kleine Bibliothek würde bei der großen Einfachheit des Verfahrens und der geringen Ausdehnung des mikrographischen Buches in die glückliche Lage versetzt sein, alle seltenen und bedeu-

Richard Wagner.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages am 22. Mai 1913.

Der Name Richard Wagner bedeutet für die deutsche Oper eine Revolution. Den älteren Opernkomponisten war die Musik Selbstzweck. Das Libretto, der Operntext, wurde in der Regel nicht vom Komponisten, sondern von irgendeinem Textdichter zu der Musik geschrieben. Diese war das Wesentliche in der Oper; das Libretto mußte sich der Musik anpassen, die Handlung mußte sich ihr unterordnen. Kein Wunder, daß wir in vielen älteren Opern keinen rechten inneren Zusammenhang zwischen Musik und Handlung zu finden vermögen, das oft die banalsten Texte in den wunderbarsten Melodien gesungen werden, daß die Handlung in ihrer Aermlichkeit von der Gewalt und Tonfülle der Musik fast erdrückt wird. Die Erklärung liegt eben darin, daß in diesen älteren Opern nicht die Musik der Handlung, sondern die Handlung der Musik folgt.

Diese landläufige Sdablonen der alten Oper hat Richard Wagner mit fühner Hand durchbrochen. Er hat in seinen Werken Dichtung und Musik zu einer untrennbaren Einheit zusammengefaßt und das moderne Musikdrama geschaffen. Ihm ist im Gegensatz zu den älteren Opernkomponisten die Handlung das Wesentliche und Hauptsächliche; die Musik ist ihm das Mittel zur Vertiefung und Heraushebung ihres dramatischen Gehalts. Die Dichtung wird mehr registriert als gesungen und durch eine glänzende Instru-

mentation belebt, die in ihren Leitmotiven den Hauptcharakteren des Dramas nicht nur Leben, sondern auch Farbe gibt. So wird durch die Musik die Handlung, der sie sich anpaßt und anschniegt und der sie folgt, beleuchtet und gefärbt. Und diese innige Wechselbeziehung zwischen der dramatischen Handlung und ihrer dichterischen und musikalischen Form hat Richard Wagner, der Dichter und Tonsetzer in einer Person, bis zur höchsten Potenz und zu abgeschlossener Einheit gesteigert. Seine Musikdramen sind vollkommene und abgeklärte Kunstwerke aus einem Guß.

Der geniale Dichterkomponist erblickte am 22. März 1813 zu Leipzig als Sohn eines Politgestaltars das Licht der Welt. In frühester Kindheit verlor er den Vater. Seine Mutter siedelte bald darauf nach Dresden über, wo sie sich mit dem Schauspieler Gager wieder verheiratete. Richard Wagner erhielt seinen ersten Musikunterricht von einem Hauslehrer. Er besuchte die Kreuzschule in Dresden, später die Nicolaischule in Leipzig und pflegte schon als Schüler mit Vorliebe Musik. Ihr wandte er sich bald ganz zu, als er 1831 die Universität Leipzig bezogen hatte, um Philosophie und Rechtswissenschaften zu studieren. Sein musikalischer Lehrmeister Theodor Weinlig erklärte ihn schon nach halbjährigem Unterricht im Kontrapunkt und in der Komposition für befähigt zum völlig selbständigen Wirken.

Im Jahre 1833 wurde der kaum Zwanzigjährige als Chordirigent nach Würzburg berufen. 1834 ging er als Theatermusikdirektor nach Magdeburg, ein

Jahr später nach Königsberg und 1837 nach Riga. Nach einer Reise über London nach Paris lehrte er 1842 nach Dresden zurück, wo sein in Riga geschriebener und komponierter „Menzel“ aufgeführt wurde. Das Werk fand Beifall und trug seinem Schöpfer die Ernennung zum königlichen Kapellmeister in Dresden ein, wo er bis zum Jahre 1849, eine rege und fruchtbare produktive Tätigkeit entfaltend, blieb.

Mit Begeisterung nahm der junge Revolutionär der Kunst auf der revolutionären Volkserhebung des Jahres 1848 lebhaften Anteil. Das höfische Regiment, das stumpfsinnige Unverständnis, mit dem sein künstlerisches Schaffen bei Hofe beobachtet und erschwert wurde, der Drang, seine Kunst in den Dienst des Volkes zu stellen, seine ganze stolze Charakterveranlagung, der jedes laienhaftige Strebertum fremd blieb, trieben ihn dazu, an dem Maiaufflande des Jahres 1849 tätigen Anteil zu nehmen. Nach der Niederstürzung des Volkes mußte er fliehen. Welche tapfere Rolle er in dem Kampfe gespielt hat, läßt der Stechbrief erkennen, den das Dresdener Stadtgericht dem Flüchtigen folgen ließ und in dem er zu den „besonders gefährlichen Individuen“ gezählt wurde.

Wagner floh über Weimar nach Paris, von wo er aber bald nach Zürich übersiedelte. Hier wirkte er acht Jahre als Leiter des Musikvereins und als Kunst- und musiktheoretischer Schriftsteller. Nach längerem Aufenthalt in Paris, Karlsruhe und Petersburg wurde er im Jahre 1863 annektiert. Und im folgenden Jahre wurde Wagner von Ludwig II. von

tenden Drucke in Reproduktionen selbst zu besitzen. Die tiefen Bibliotheksräume, in denen heute die unendlichen und täglich anwachsenden Bücherreihen untergebracht werden, würden dann kleinen Zimmern weichen, in denen eine Sammlung von Zeitschriften in Reproduktionen einer viel größeren Anzahl von Büchern vorliegen kann. Der Mensch würde dann von den Büchern, die heute schon vielfach eine so große Kulturlast darstellen, völlig befreit werden, und eine ideale Bibliothek ohne Bücher würde zur Wirklichkeit. Der Privatmann könnte sich für verhältnismäßig billiges Geld eine mit photographische Bibliothek anschaffen, die die denkbar größte Vollständigkeit auf einem bestimmten Gebiet erreichen könnte, und trotzdem brauchte er keinen Extraanbau an seine Wohnung auszuführen, sondern könnte das ganze ungeheure Material in Zetteln in ein paar Schränken unterbringen. Zur Verwirklichung dieser Idee sind von dem Internationalen Bibliographischen Institut in Brüssel die ersten Schritte eingeleitet worden.

Man weiß wirklich nicht, handelt es sich bei der im vorstehenden wiedergegebenen neuen Methode der Buchherstellung um einen gut gelungenen, aber etwas verspäteten Aprilscherz oder um eine tatsächliche, dann aber mindestens sehr verrückte Idee. Daß es möglich sein kann, Bibliotheken ohne Bücher nach der vorbeschriebenen Weise einzurichten, braucht man heute im Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen nicht zu bezweifeln. Aber daß es tatsächlich somit kommt, daß jeder eine ganze Bibliothek in der Westentasche mit sich herumträgt und damit unsere Berufsarbeit total überflüssig macht, liegt denn wirklich noch im weiteren Felde und wir wollen einweisen noch ruhig unsere Bücher in der gewohnten Weise weiter binden und dafür mit sorgen, daß auch wir Arbeiter dabei noch leben können.

Die Anhänger des graphischen Industrieverbandes aber können damit ein neues Argument für dessen Verwirklichung ins Feld führen, denn diese technische Entwicklung muß ja zu einer Verschmelzung mit dem Steindruckerband organisierten Photographen geradezu zwingen. Oder wäre hier die Section der Kino-Operateure des Metallarbeiterverbandes zuständig?

Die Buchbinderei im Kino.

In den Nummern 2 und 21 der „Buchbinder-Zeitung“ haben wir bereits Mitteilung gemacht von den Versuchen der Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung in Großberlin, mit Hilfe des Kinos bei der schulentlassenen Jugend die Liebe zum Handwerk zu fördern. Von einem Teilnehmer der vor geladenem Publikum stattgefundenen Probeführung wird uns hierzu noch geschrieben:

Herr Dr. Freund, der Vorsitzende der oben bezeichneten Lehrstellenvermittlungszentrale, erklärte zu Beginn der Vorführungen, daß die Zentrale im Verein mit dem Verbands marktlicher Arbeitsnachweise versuchen wolle, durch bildliche Darstellungen des Handwerkes die Lust der Jugend zum Erlernen eines Berufes zu wecken. Sie betrachten die Lehrstellenvermittlung als den wichtigsten Teil der Jugendpflege. Durch Zuweisung in ungeeignete Lehrstellen würden oft ganze Menschenseelen verübert, besonders infolge mangelnder Ausbildung. Das Motiv der Eltern und der Jugend sei heute:

Wahern nach München berufen. 1869 zog er sich nach Luzern zurück, von wo aus er die Gründung des Festspielhauses in Bayreuth leitete. Es wurde 1876 feierlich eingeweiht und hat sich durch die außerordentlichen Aufführungen der großen Musikdramen des Meisters bald einen hervorragenden Namen in der ganzen Welt errungen. Nach der Eröffnung des Festspielhauses lebte Richard Wagner abwechselnd in Bayreuth und in Italien, bis er am 13. Februar 1883 in Venedig seine hellen Künstlerjahre für immer schloß. Sein siebzigjähriges wechselreiches Leben war erfüllt von eifriger Arbeit im Garten der Kunst. Im Mittelpunkt dieses Schaffens stehen seine Musikdramen, die die ganze Kunstwelt von Grund aus aufwühlten und auf der einen Seite begeisterte Zustimmung, auf der anderen weitende Gegenerschaft auslösten; sie haben die ganze gebildete Welt buchstäblich in zwei Lager geteilt, die sich als Wagnerianer und Antiwagnerianer grimmig bekämpften. Heute hat dieser Kampf einer fast allgemeinen begeisterten Anerkennung des Dichterskomponisten und seines Lebenswerkes Platz gemacht; das Genie des Meisters zog immer größere Massen in seinen Bann und behauptete das Feld. Die reinen Tonwerte des Meisters sind weniger bekannt als seine Musikdramen. Neben letzteren sind seine kunst- und musiktheoretischen Schriften für das deutsche Kunstleben von hervorragender Bedeutung geworden.

Wagners erste Oper „Die Feen“ wurde 1833 in Würzburg vollendet. Schon in diesem Werk ist der Tonleiter sein eigener Lieddichter gewesen. Sie sieht

„Recht schnell verdienen.“ Bei den Eltern spreche dabei allerdings sehr oft die Not mit. Obige Vereine wollen aber das Gegenteil. Da das Handwerk über Mangel an guten Arbeitskräften klagt, soll der wissenschaftliche Kinto in den Dienst der schulentlassenen Jugend gestellt werden, um der Jugend das Erlernen eines Handwerks schmackhafter zu machen.

Als erster Teil folgte die Darstellung der Buchbinderei. Nachdem die Entstehung derselben und die Entwicklung bis in die jüngste Zeit kurz erläutert wurde, kam das erste Bild, der Eingang und das Portal der Großbuchbinderei Lüderitz u. Bauer in Berlin. Dann folgte vom Sandfahnen bis zum Verstand der fertigen Bücher eine lange Reihe Bilder, welche nicht die Entwicklung des Handwerks, sondern den Vorteil des Fabrikbetriebes und die Ausnutzung der neuesten Maschinen darstellte. Alle Bilder waren in obiger Firma aufgenommen, also eine Beklame für die Großbuchbinderei Lüderitz u. Bauer, wie sie sich diese nicht besser wünschen konnte. Daneben wurde noch die Arbeitszeit angegeben und zwar für Männer auf 52, für die Arbeiterinnen auf 50 Stunden pro Woche. Der Lohn für Ausgelernte wurde mit 23,00 bis 30,50 M., für Spezialarbeiter mit 32,00 M. und für Schnellpremier mit 37,50 M. angegeben. Weiter wurden für ungelernete Arbeiterinnen 11—14 M., nachdem 14,00 M., und für Spezialarbeiterinnen 21,00 M. angegeben. Für Lehrlinge sei ein sogenanntes Stohlgeld von 4—7 M. neben vierjähriger Lehrzeit üblich, für Lehrlinginnen im allgemeinen 10—11 M. Weibliche Lehrlinge hätten dieselbe Lehrzeit und denselben Lohn wie die männlichen Lehrlinge. Zum Erlernen der Buchbinderei sei das Reifezeugnis der 2. Klasse der Volksschule erforderlich. In Berlin seien 1000 Buchbinderei-Betriebe mit circa 10 000 beschäftigten Personen vorhanden.

Soweit die Ausführungen des Vorführers.

Es ist wohl ein Spiel der Tüde, daß ausgerechnet Bilder aus dem größten Betriebe Berlins vorgeführt werden, um das Handwerk zu reiten. Es gehört ziemlich viel Naivität dazu, um nicht zu wissen, daß gerade der Großbetrieb mit seiner ausgeprägten Maschinentechnik einen Kleinbetrieb nach dem andern, also gerade die Handwerkbetriebe, auffaßt. Die gemachten Angaben über die Arbeitszeit stimmen auch nicht ganz, denn die weiblichen Arbeitskräfte haben ebenfalls 52 1/2 Stunden zu arbeiten. Auch die Lohnangaben sind nur bedingt richtig, denn für diejenigen, welche nur 3 Jahre gelernt haben, beträgt er 23,00 M., für alle anderen 45 Pf. pro Stunde. Im sechsten Berufsjahre erst ist der Minimallohn in den Buchbindereien 56 Pf. pro Stunde, also 29,38 M. pro Woche. Für Spezialarbeiter, wie Zeichner usw. beträgt der Lohn 59 Pf. pro Stunde, also 30,94 M. und nicht 32 M. Voraussetzung ist dabei, daß voll gearbeitet wird, denn Feiertage usw. werden nicht bezahlt. Auch für Schnellpremier beträgt der Lohn nicht 37,50 M., sondern 36,19 M. Sogenannte ungelernete Arbeiterinnen unter 16 Jahren erhalten 17 Pf. Stundenlohn, was nur einen Lohn von 8,93 M. ausmacht, aber auch die über 16 Jahre alten Mädchen erhalten einen Stundenlohn von 20 Pf., also nur 10,50 M. pro Woche. Und das ein halbes Jahr lang, während die unter 16 Jahre alten Arbeiterinnen ein ganzes Jahr lang für den niedrigen Lohn arbeiten müssen, um dann im zweiten Jahre 23 Pf. zu erhalten, also

aber gleich seinem zweiten Werk „Das Liebesverbot“ noch ganz im Zeichen der „alten Schule“; besonders sind die Einflüsse der Weberischen romantischen und der Meyerbeerischen Prunkoper unüberkennbar. Diese Einflüsse und die Sittentüchtigkeitspreden der alten Schule treten immer mehr und mehr in seinen folgenden Werken „Mienzi“, „Der fliegende Holländer“, „Tannhäuser“ und „Lohengrin“ zurück und immer deutlicher und klarer treten die neuen und geradezu revolutionären Grundzüge in Erscheinung, auf denen die Wagnerische Kunst beruht. Und das von ihm angefertigte Musikdrama gelangte dann sowohl künstlerisch als technisch in seinen Meistergeschöpfungen „Tristan und Isolde“, „Ring der Nibelungen“, „Die Meistersinger von Nürnberg“ und „Parsifal“, diesem 1882 vollendeten Bühnenweihfestspiel, das des Meisters Schwanengesang wurde, zu höchster Vollendung. In ihnen ist der Bruch mit der bisherigen Form der Oper konsequent und vollständig durchgeführt.

Von den reinen Tonwerken Wagners stammen die Ouvertüre „Mitte Britannia“, „Polonia“ und „Columbus“ aus der Frühzeit seines Schaffens. 1841 komponierte er eine „Faust“-Ouvertüre. In späteren Jahren entstanden einige Märche und das prächtige, aus Motiven seiner Nibelungentrilogie geschaffene „Siegfried-Idyll“. Außerdem schuf Wagner auch mehrere schöne Lieder mit Klavierbegleitung.

Seine künstlerischen Ansichten und Grundzüge hat der Dichterskomponist in einer ganzen Reihe feiselnder und padender Prosaschriften entwickelt, ver-

treten und verteidigt. Besonders fruchtbar war er, wie schon erwähnt wurde, während seines Exils in Zürich als theoretischer, kritischer und ästhetischer Schriftsteller. Seine bedeutendsten Schriften sind „Die Kunst und die Revolution“ aus dem Jahre 1849, ferner „Das Kunstwerk der Zukunft“, „Oper und Drama“, „Religion und Kunst“. Sie enthalten eine Fülle vortrefflicher Gedanken voll revolutionärer Kraft und Gewalt und offenbaren das Streben des Meisters nach einem Kunstschaffen zur Erhebung und Erbauung des Volkes, befruchtet nicht durch den Glanz höflichen Treibens und die Gunst der oberen Gehirnschichten, sondern durch den ungemessbaren, gewaltigen Drang aus der Tiefe, der allein die Kunst zur höchsten Entfaltung und Vollendung zu treiben vermag.

Die Stoffe zu seinen schönsten Schöpfungen holte Wagner aus dem Schatze der deutschen Sage, in deren dichterischer Wiebegrabe er den alten deutschen Stabreim in höchster Formvollendung wieder zu Ehren brachte. Aber er erfüllte sie mit neuem Gehalt und moderner Lebensanschauung, deren Wurzel bei Wagner in der Philosphie Schopenhauers zu suchen ist. So wurde, der Dichterskomponist, der die Romantik als ihre größte und kraftvollste Gestalt abschließt, gleichzeitig zu einem Wegbahner für neue künstlerische Ideen und zu einem Heerführer im Kampfe um neue künstlerische Ziele. Sein Lebenswerk gehört dem Volke, das, je mehr es empfindet zu einem menschenwürdigen Dasein, sich um so mehr an ihm erheben und erbauen wird.

11,96 M. Genau so falsch sind die Angaben für die geübten Arbeiterinnen. Da ist nicht 19,00 M., und für Spezialarbeiterinnen 21,00 M. Tariflohn, sondern 35 Pf. (18,37 M.) und 39 Pf. (20,48 M.). Daß allerdings in Buchbindereien nur ein verschwindend kleiner Teil von Arbeiterinnen im Lohn beschäftigt wird, sondern der größte Teil im Afford arbeiten muß, wurde auch verschwiegen.

Daß die Löhne alle zu hoch angegeben sind, kommt daher, daß der Tarif für Buchdruckereien als Grundlage genommen wurde. Daß diese Betriebe aber gar keine Lehrlinge beschäftigen und Mädchen unter 16 Jahren nur in ganz verschwindender Zahl einstellen, wurde verschwiegen.

Wohl haben sich in Berlin eine Anzahl „handwerksmäßiger Betriebe“ festgesetzt, die fast nur mit billigen weiblichen Arbeitskräften unter 16 Jahren produzieren und die Lehrlinge aufs mangelhafteste ausbilden, somit das Handwerk immer mehr auf den Hund bringen. Hier den Hebel zur Besserung anzusetzen, wäre jedenfalls mehr im Interesse des Handwerks gelegen. Doch davon hört man nichts und leichter ist es schon, man schimpft auf die Gehilfen und Arbeiterinnen, daß diese nicht mehr „lernen“ wollen.

Das schönste ist, daß selbst der Großbetrieb, der hier durch den Stentopp das Handwerk retten soll, 23 Lehrlinge beschäftigt. Hier werden diese jungen Leute im Interesse des Handwerks so gut ausgebildet, daß sie fast ausschließlich große Partiarbeiten herstellen müssen und so nur Teilarbeiter werden, die später natürlich nicht in der Lage sind, gute Handwerksgehilfen abzugeben. Selbst an den vorgeführten Widern fiel es Laien auf, daß so ungeheuer geschuftet wurde, so daß der Anspruch zu hören war: „So kann nur im Afford gearbeitet werden“. Bei der Schilderung der Arbeitsleistung wurden den Sandfahlerinnen nur 300 Dreihund-Vogel als Stundenleistung zugeschrieben, so daß im Afford 23 Pf. pro Stunde verdient würden. Der automatische Holzmaschine aber wurde die Höchstleistung ausgerechnet. Des weiteren wurde die Fertigmachmaschine mit der Deckenmachmaschine verwechselt. Das sind Schönheitsfehler, die bei der Mitwirkung von Fachleuten bei den kinomatographischen Aufnahmen nicht vorkommen sollten.

Das beste ist, daß 1000 Buchbindereien mit 10 000 Beschäftigten als in Berlin vorhanden angegeben werden. Nach dem letzten Jahresbericht der Zählstelle Berlin vom Jahre 1912 sind 128 Buchbindereien inkl. Buchdruckereien, welche Personal beschäftigten (ohne Lehrlinge) verzeichnet, in denen 1630 männliche und 2369 weibliche Personen tätig sind. Wenn nun 850 Betriebe und 6000 Personen mehr von der Lehrlingsvermittlungsstelle angegeben werden, dann ist das eine Behauptung, die nicht zutrifft, sie stellt eine Däpierung der Jugend dar. Man müßte ehrlicher Weise angeben, daß mindestens 1/3 der Betriebe solche sind, in welchen der ausgelernte Buchbinder ebenso wenig wie die Arbeiterin beschäftigt werden kann, weil es entweder Ladengeschäfte ohne jegliches Personal oder solche Betriebe sind, die nur mit Lehrlingen oder ungeübten billigen Arbeitskräften dahinbeglietern.

Verstehen kann man auch, daß kein Wort von einer Gehilfen- und Arbeiterinnenorganisation erwähnt wurde, die doch erst nach schweren Kämpfen den Unternehmern die Verkürzung der Arbeitszeit

erheben und erbauen wird.

erheben und erbauen wird.

auf den heutigen Stand und die — noch sehr bestehenden — Löhne und Akkordpreise abgerungen hat. Das klingt so, als ob die Unternehmer die Arbeitszeit und Löhne aus freiem Antriebe bezahlten und alles in besserer Harmonie verlief. Den Lehrlingen wird dies durch die Lehrverträge der Zunft verboten, irgendeiner Organisation oder einem Verein ohne Erlaubnis des Lehrherrn beizutreten.

Es ist nur gut, daß auch die Jugend bald einleuchtet, zu wem sie halten muß, daß ihr Heil nicht von Prinzipalsseite kommt, sondern daß sie gezwungen ist, sich in die Reihen der Kollegenchaft zu stellen. Die Eltern dieser Jugend sollten aber noch mehr versuchen, den Geist der Arbeiterbewegung in die Herzen ihrer Kinder zu pflanzen und bei der Wahl der Lehrstellen den Rat der Organisation einholen. Dann würde mancher Buchbinder und manche Buchbinderarbeitern besser vorwärts kommen. Auch sollte man ein Bild vom paritätischen Arbeitsnachweis in Berlin vorführen und erläutern hinzufügen, daß selbst in der Hochkonjunktur dank der Lehrlingszücherei und der rapiden Entwicklung der Maschinenbauindustrie, sowie der immer mehr um sich greifenden Beschäftigung von weiblichen billigen und willigen Arbeitskräften immer noch 200 Männer und 250 Mädchen und Frauen ohne Beschäftigung sind. Daß diese Zahlen in der schlechten Zeit sich noch bedeutend erhöhen, dafür sorgt schon der Großbetrieb und auch das Handwerk durch möglichst intensive Ausbildung von Lehrlingen.

Zum Verbandstag.

Unter Punkt 3a der provisorischen Tagesordnung zum Verbandstag wird der Ratiation ein breiter Raum gelassen werden müssen, wenn nicht schon im 2. Tagesordnungspunkte: „Unsere Lohnbewegungen“ diese Frage ausgiebig mit behandelt werden sollte. Punkt 3b: „Die finanziellen Leistungen der Mitglieder für lokale und sonstige Zwecke“ erscheint mir so wichtig, daß es ratsam sein wird, diesem Punkt abgesehen von dem eigentlichen Thema: „Die Finanzlage des Verbandes“ zu behandeln. Denn immer größer werden die Anforderungen an die Zahlstellen für örtliche Ausgaben, Sekretariate, Kartelle, Volkshäuser, Hausstufenerentwässerungen usw. Aber auch ein alter Krebsgeschaden muß beseitigt werden. Es dürfen in Zukunft örtliche Unternehmungen nur auf solider rechnerischer Grundlage basieren. Ausgeschaltet muß werden, daß die am Ort verbleibenden Gelder zu örtlichen Unternehmungen mit verbraucht werden. Die für lokale Zwecke von der Verbandskasse den Zahlstellen belassenen Gelder sind nicht dazu da, um irgendwelche Zuschüsse zu Unternehmungen in Arbeitslosen- oder Krankheitsfällen zu zahlen, sondern für solche Unternehmungen sind dementsprechend örtliche Votalsbeiträge dergestalt zu erheben, daß die Einkommen die Ausgaben decken. Es muß allen Zahlstellen zur Pflicht gemacht werden, sich einen Reservefonds zu schaffen, der Kampfzwecken dienen soll.

Die gestellten Anträge, die regelnd Leistung und Gegenleistung fördern sollen, sind ohne Zweifel gut gemeint, zum großen Teil aber immer nur nach örtlichen Verhältnissen skablonisiert, was ja erklärlich ist. Der Verbandstag wird durch eine Kommission die verschiedenen Meinungen sichten müssen. Und hierbei werden die erwähnten Delegierten die Struktur unseres Gewerbes nicht aus den Augen verlieren dürfen. Wir müssen eben den vielen jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, den Tausenden Heimarbeiterinnen Rechnung tragen und sie auch in den Stand setzen, sich unserer Organisation anzuschließen zu können.

Im großen ganzen scheint die Meinung der Kollegenchaft die zu sein, diesen Verbandstag einmal ohne Beitragserhöhung vorbeigehen zu lassen, und auch der Verbandsvorstand scheint auf Grund der Erfahrungen zu seinen Anträgen gekommen zu sein. Warum nun aber der Verbandsvorstand im Antrag 5 die zweite Klasse von 35 Pf. auf 40 Pf. erhöht wissen will, ist recht wenig verständlich. Damit würde nur erreicht werden, daß mehr noch als jetzt die zweite Klasse von unseren Kolleginnen gemieden, von den Kollegen aber als Unterschlag begreift werden würde. Wenn die bisherige Beitragserhöhung nicht den Gegenleistungen entspricht, so wäre hier am Platze gewesen, dieser Klasse den Vorschlag auszugehen insofern, daß man die Unternehmungen dieser Klasse nicht wie bisher günstiger stellt, als das gegenüber der 3. Klasse der Fall ist. Wollen wir unsere Kolleginnen mehr an höhere Beiträge gewöhnen, so wird zu empfehlen sein, die erste Klasse von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen und als Entschädigung dafür die Krankenunterstützung bei 156wöchiger Beitragserhöhung um etwas zu erhöhen. Ich befürchte durchaus nicht, daß uns bei dieser Beitragserhöhung viele Mitglieder verloren gehen, siehe aber ganz und gar nicht auf

dem Standpunkt, daß dieser notwendige Ausgleich bedingt, eine Beitragserhöhung auch für die Kollegen — nur deshalb — vorzunehmen zu müssen. Wir haben gar nicht so wenige Arbeiterinnen, die in den Großstädten annähernd denselben Lohn haben als viele unserer männlichen Kollegen in der Provinz, die letzteren aber dennoch der 3. oder 4. Beitragsklasse angehören. Wenn ich das viel erwähnte demokratische Prinzip recht verstehe, so kann das doch nur so gedeutet werden, daß Leistungen und Gegenleistungen in Einklang gebracht werden und entsprechend den Verhältnisse jeder seinen Tribut für den Verband leistet, also auch unsere Kolleginnen.

Wenn die 5-Pf.-Beitragserhöhung für die erste Klasse beschlossen werden sollte, so müßte, unseren Verhältnisse entsprechend, allerdings eine Beitragsklasse geschaffen werden, die es — wie gesagt — Jugendlichen, Lehrmädchen, Lehrlingen, Heimarbeiterinnen usw. ermöglicht, dem Verbande beizutreten zu können. Nehmen wir an, der Verbandstag beschließt dementsprechend eine Klasse mit 15 bis 20 Pf. zur Einführung zu bringen, was ich für dringend nötig halte, dann könnte diese Klasse so eingerichtet werden, daß in ihr nur die Sätze der Krankenunterstützung in Anrechnung kommen. Lehrlinge, Lehrmädchen bedürfen einer Arbeitslosenunterstützung kaum, hingegen in Krankheitsfällen geschieht zu sein, wäre für diese sehr zweckentsprechend. Für Heimarbeiterinnen Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, ist für den Verband immer eine Gefahr. Denn in vielen Fällen ständen sich dann die Heimarbeiterinnen bei Bezug von Arbeitslosenunterstützung besser, als wenn sie Arbeit haben. Oft ist die Arbeitslosigkeit aber auch kaum zu kontrollieren.

Die Anträge des Verbandsvorstandes, die den Zweck haben, die bisherigen Unterstützungsätze herabzusetzen (Antrag 54, 51, 62, 64, 66, 73) berühren recht unpopulär und sind geeignet, eine bedeutende Erschwerung für die Funktionäre herbeizuführen.

Unsere lieben Leipziger sind bereit, dem Verbande weitere Mittel zuzuführen und beantragen, alle Klassen um 5 Pf. zu erhöhen. Was sie aber mit der einen Hand geben, wollen sie mit der anderen Hand wieder einziehen. Der Antrag 59 würde eine bedeutende Belastung für die Verbandskasse sein, wünschenswert man einem derartigen Antrag seine Zustimmung geben kann, weil er ja bezweckt, solchen Kollegen, die lange Jahre Mitglied des Verbandes sind — und unverdient in eine höhere Kategorie nicht gelangen konnten — zu einer höheren Unterstützung zu verhelfen. Wenn die Notwendigkeit besteht, eine Beitragserhöhung durchzuführen, so wollen wir nicht zugleich wieder der Verbandskasse direkt Lasten aufbürden, sondern dann kann es nur Aufgabe des Verbandstages sein, Ungerechtigkeiten in den verschiedenen Unterstützungsstellen zum Ausgleich zu bringen, aber nicht erneut Erhöhungen zu beschließen. Daß wir so verfahren müssen, ergibt schon die allgemein verbreitete Meinung, die Streik- und Gemakregelunterstützung zu erhöhen. Als ganz besonders notwendig hat sich herausgestellt, die bisherigen Sätze von 6 und 7 M. für Arbeiterinnen in etwas zu erhöhen. Aber auch die Differenz von 3 M. zwischen solchen, die eigenen Hausstand haben, und denen ohne eigenen Hausstand ist durch nichts gerechtfertigt. Wir fordern immer für gleiche Leistung dieselbe Bezahlung. Suchen wir dieses Prinzip auch bei uns zur Durchführung zu bringen. Als erster Schritt dazu erscheint der Antrag 130, er mildert die Gegensätze, ohne die Verbandskasse allzusehr zu belasten.

Der Schaffung einer 5. Beitragsklasse kann man zustimmen, nur ist hierbei Vorsicht geboten. Die gestellten Anträge von Braunschweig scheinen mir einen Reizfall für die Verbandskasse zu bedeuten. Gemessen an der jetzigen 4. Beitragsklasse, sind die Unternehmungen in Arbeitslosen- als auch in Krankheitsfällen viel zu hoch angesetzt. Antrag 10 Braunschweig-Bitterberg sieht für die neuaufrichtende 5. Klasse 1 M. Beitrag vor. In der bisherigen 4. Klasse zahlen wir 80 Pf. Das wäre also eine Erhöhung um 20 Pf., oder um 25 Proz. Vergleichen wir die Unternehmungen, die in den Anträgen 55 und 70 verlangt werden, so finden wir bei Arbeitslosenunterstützung die Sätze der 52wöchigen Karenz von 75 Pf. der 4. Klasse auf 1 M. in der neuen 5. Klasse erhöht, das sind 33 1/2 Proz. Erhöhung, ungerneht die fünf Tage länger beantragte Unterstützungsbauer. Anstatt der beantragten 75 M. dürften — gemessen an der jetzigen 4. Klasse — in der neuen Klasse nur 65,80 M. gezahlt werden. Die Krankenunterstützung soll von 50 Pf. auf 75 Pf. pro Tag gesteigert werden, das ist eine Erhöhung um 50 Proz. Es dürften — gemessen an der jetzigen 4. Klasse — anstatt der beantragten 45 M. nur 37,50 M. bewilligt werden. Bei den folgenden höheren Karenzen vermindert sich das Verhältnis

etwas zugunsten der Verbandskasse, aber gerade die ersten Karenzen sind diejenigen, die am meisten in Anspruch genommen werden. Deshalb dürfte es notwendig sein, die gestellten Anträge genau zu prüfen.

Die Anträge 70 bis 81 bezwecken, die Invalidenunterstützung auch für die 3. Beitragsklasse einzuführen. Ob diese Frage schon jetzt spruchreif ist, ist zu bezweifeln. Zunächst fehlen uns die Erfahrungen, wie wir in der 3. Klasse abscheiden. Und diese sollten doch abgemattet werden. Empfehlenswert würde sein, daß sich die Delegierten der Zahlstellen und Gauze durch eine Umfrage bei den Mitgliedern der 3. Klasse in nennenswerter Weise vorhanden ist. Gewiß kann zugegeben werden, daß viele der namentlich jungen Weibchen leistungsfähig darüber hinweggehen und bei Einführung in späteren Zeiten denjenigen, die weitblickend genug waren, dafür Dank wissen. Aber mir will scheinen, daß wir in unseren Kreisen noch Kollegen haben, denen es bei den jetzigen Lohnverhältnissen sehr schwer ankommen würde, 65 oder 70 Pf. pro Woche zu zahlen.

Auch wichtige Fragen interner Natur stehen dem Verbandstage zur Lösung bevor. Außer den erwähnten Anträgen die vielen Anträge zur Presse, zur Jugendbewegung, Graphischer Industrieverband usw. Zu letzterem teile ich die Meinung des Verbandsvorstandes. Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, uns fortgesetzt abwerten zu wollen. Das haben wir wirklich nicht nötig, es wirkt zuletzt abtötend. Lasse man doch den Buchdruckern oder Steindruckern die Aufgabe, nimmere die Initiative zu ergreifen. Ich bin überzeugt, sie werden kommen, aber erst wenn man auf anderer Seite durch Schaden klug geworden ist. Es ist recht schön und gut, zu sagen, diese Frage muß von unten herauf, von den Massen, immer wieder angefaßt und zur Erledigung gebracht werden. Bei uns sind sich die Massen mit der Leitung darüber einig; nun suche man die Massen der Buchdrucker und Steindrucker für diese Frage zu begeistern, denn ohne diese nicht um alles nichts. Im Gegenteil, wir vergeben uns geradezu etwas, wenn wir fortgesetzt mit unserem Vorhaben abblieben.

Die Arbeiten des Verbandstages gedeichlich zu gestalten, kann nicht allein Aufgabe der Teilnehmer sein, sondern alle Kollegen sollten an den uns bewegenden Fragen regen Anteil nehmen und in den Versammlungen, Vertrauensmännerlichkeiten usw. den Delegierten ihre Meinung mit auf den Weg geben. Dann erst werden diese zum Nutzen der gesamten Kollegenchaft wirken können.

Ghemnit.

E. e.

Graphischer Industrieverband.

Mehr denn je steht die Frage des graphischen Industrieverbandes auf der Tagesordnung. Es wäre zu wünschen, daß die Beratungen unseres Verbandstages den Goltathamey dieses Gedankens um ein Bedeutendes abtören. In Nürnberg hat man die Anregung des Goutages der Gauze 18/17 bereits in die Tat umgesetzt. Der erste Schritt, die Propaganda in die Massen zu tragen, wurde durch eine von dem graphischen Kartell einberufene Versammlung bereits gemacht.

Es wäre Zeitverschwendung, wenn wir hier die Notwendigkeit einer engeren Organisationsform in den graphischen Berufen begründen wollten. Die Ereignisse der letzten Jahre müßten jeden denkenden Kollegen und jede Kollegin überzeugt haben, daß die jetzige Zerfahrenheit der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen aufhören muß.

Die ganze Diskussion muß sich meiner Ansicht nach um die Frage drehen: Wie befeitigen wir am besten die angeblich vorhandenen Schwierigkeiten? Sind nämlich diese erst mal an das Tageslicht gezogen und durchleuchtet, dann wird man sie auch aus der Welt schaffen können. Wie oft werden agitatorisch tätige Kollegen die Erfahrung gemacht haben, daß es ihnen wohl gelungen ist, eine ganze Bude von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und doch war es ihnen nicht möglich, dieselben zum Eintritt in den Verband zu bewegen. Und fragt man nach dem Grund, dann bekommt man zur Antwort: Ja, wenn auch der A. dazu geht, geht wir alle auch zum Verband. Geht man nun zu diesem Kollegen, dann wird man sehr oft hören: Es ist ja alles recht und gut, freilich müssen wir uns zusammenschließen, aber für mich ist es noch zu früh, dies und jenes liegt noch im Wege, später ja, da ist es möglich. Und was macht nun der organisatorisch tätige Kollege? Er entschuldigt sich, er will nicht zu aufdringlich sein und läßt eben die ganze Bude liegen. Bald, er soll zu den anderen, die empfänglicher für die Sache sind, zurückgehen, wird ihnen sagen, sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen, sollen sich dem Verband anschließen, dann wird auch

der andere kommen, wenn er sieht, daß er isoliert dasteht.

So sehe ich es für einen großen Fehler an, wenn unsere Verbandsleitung sich durch die ablehnende Haltung des großen Bruders, des Buchdruckerverbandes, entmündigen ließe. Daß sie einmal die Notwendigkeit des graphischen Industrieverbandes im Ernst erkannt, so vergibt sie sich gar nichts, wenn sie weiter kräftig für diesen eintritt. Eben dieses immer wiederkehrende Ansehen des Feuers und dann das Wiederzürückziehen in den Schmollwinkel ist ein Hemmnis in der Entwicklung des graphischen Industrieverbandes. Machen wir uns endlich mal los von dem immerwährenden Halb und Halb Kampfe mit dem „Bömerange“. In der Nürnbergerversammlung hat ein Wortführer der Buchdrucker ausgesprochen: „Wir wollen um keinen Preis unsere Tarifvereinbarungen einem graphischen Industrieverband opfern“. Dabei vergaß der Schwager ganz und gar, daß Tarifverträge in der Regel nur auf kurze Zeit abgeschlossen werden und eine Wiedererneuerung nicht nur von dem guten Willen der Arbeiter abhängt, sondern noch bedeutend andere Faktoren auch miteinsprechen. Aber wer von den angehörigen drei anderen Berufen wäre wohl so dumm und würde ein solches Opfer von den Buchdruckern verlangen. Wir wären ja toll, wollten wir eine Tarifgemeinschaft, die uns bisher als mißgeräthigt vorgeschwebt hat, zu Stande machen. Der Tarif der Buchdrucker ist keine Schwierigkeit, die uns im Wege stande.

Die Beitragsfrage ließe sich durch einen guten Staffelleistungsbeitrag lösen, ebenso die Unterbringungsrichtungen. Das sind auch keine Schwierigkeiten für gutgeleitete Gewerkschaften. Und die große Differenz zwischen dem großen Kantgut haben der Buchdrucker und den der anderen Interessenten dürfte sich durch eine angemessene Beitragserhöhung der letzteren, deren ganzes Ergebnis einem Ausgleichsfonds zu fallen müßte, in absehbarer Zeit wesentlich vermindern. Der bereits erwähnte Redner in der Nürnberger Versammlung meinte: „Als wir uns anfangs der neunziger Jahre nach unserer großen Bewegung bald verbittet hätten, hörte man nichts mehr vom Industrieverband. Damals wollte man von den Buchdruckern nichts mehr wissen. Jetzt aber, wo wir uns wieder auf erholt haben, ist man wieder Feuer und Flamme dafür.“ Diese Angst um den Mammon ist unbegründet; nicht um den großen Geldsack der Buchdrucker ist es den Anhängern des graphischen Industrieverbandes zu tun, sondern darum, endlich einmal aus diesem Dilemma herauszukommen. „Wir sind ja für den Industrieverband“, meinte der oben bezeichnete Redner, „aber jetzt ist es noch zu früh, sie müssen halt Geduld haben.“ Als der Zwischenruf fiel: „Wenn wir auf Euch warten, müssen wir noch hundert Jahre warten.“ rief unser Schwager ganz begeistert: „Und wenn es zweihundert Jahre dauert, so müssen Sie eben warten.“ Ganz so tragisch darf man ja dieses Zwischenspiel nicht nehmen. Aber trotzdem vertritt es uns den „Eifer“, mit dem man in weiten Kreisen der Buchdrucker an den Industrieverband herangeht.

Die Haupt Schwierigkeit in dieser Sache wird man wohl in dem Buchdruckerverband als solchen sehen müssen. Da bleibt denn eben nichts anderes übrig, als wir machen es so wie der Agitator in der Kleinarbeit: Wir wenden uns an den empfänglichsten Teil der Berufsgruppen und lassen unsere großen Brüder Buchdrucker ungehört in seiner Bescheidenheit verharren. Bei den anderen drei Interessenten wären die Schwierigkeiten schon leichter zu überbrücken. Eritens sind die Beitragsleistungen nicht so grundverschieden, daß nicht ein Ausgleich geschaffen werden könnte. Da wir Buchbinder eine eigentliche ausgiebige Krankenunterstützung nicht haben, wird wohl jeder weiter denkende Kollege sich noch anderswo gegen Krankheit versichert haben. In der vierten Klasse zahlen wir durchschnittlich mit Lokalbeitrag 1 Mk.; die Buchdruckerkrankenkasse kostet 50 Pf. Also kann man sagen, daß die meisten Kollegen jetzt schon dem Beitrag der Steindruckerei recht nahesteht. Auch die Mehrzahl der Hilfsarbeiter dürfte ähnlich versichert sein. Die Beiträge und Unterstützungen der weiblichen Mitglieder können infolge des Staffelleistungs immer wieder in Einklang gebracht werden. Große Tarifabschlüsse stehen uns auch nicht hinderlich im Wege. Im Gegenteile! Gerade dieses Gebiet verlangt ein gemeinsames Handeln.

Und doch gibt es nach meiner Ansicht auch hier eine Schwierigkeit, die wohl hemmend bisher gewirkt hat. Ich kann mich noch lebhaft an eine Versammlung in Nürnberg erinnern, die anfänglich einer Steindruckerbewegung stattfand. Dort sagte der Vorsitzende dieses Verbandes: „Unsere Garde im Kampfe sind die Maschinenmeister. Gaben wir diese, so führen wir den Kampf durch auch ohne die anderen Sparten. Mag der Lithograph lithographieren, was er will, mögen die An- und Umdrucker schaffen so viel sie wollen, wenn die Schnellpresse nicht klappt, werden die Auflagen nicht gedruckt und wir haben den ganzen

Betrieb lahmgelegt.“ Dieses Machtverhältnis hat sich jedoch etwas erhoben und dies nicht zumunten der Maschinenmeister. Der junge Hilfsarbeiterverband hat bald eingesehen, daß den Maschinenmeistern in den Angelerinnen und Vogenjägerinnen ein gleichwertiger Faktor gegenübersteht. Auch diese haben die Macht, die Maschinen zum Stehen zu bringen, wenn sie die Arbeit ruhen lassen. Und was von den Maschinenmeistern gegolten hat, gilt jetzt in noch stärkerer Maße von den Anlegertinnen und Vogenjägerinnen. Die Erfahrung lehrt, daß bei Ausständen der Hilfsarbeiter sofort auch den Steindruckern geschädigt würde, während bei Streiks oder Ausperrungen letzterer noch lange nicht den Hilfsarbeitern dasselbe widerfährt. Die Hilfsarbeiter sind sich dieser Stärke wohl bewußt. Werden sie sich dieselbe im Interesse der großen Allgemeinheit beschränken lassen? Gewiß wird es dem anderen Monatsrenten nicht einfallen, den Verbesserungsbewegungen der Hilfsarbeiter in die Arme zu fallen; aber trotzdem bildet dieser Umstand eine nicht zu unterschätzende Schwereigkeit. Hier heißt es eben für den Hilfsarbeiterverband, den anderen Verbänden Vertrauen entgegenbringen, dann wird man auch darüber hinwegkommen.

Und so möge man ruhig ans Werk gehen, an Stelle des Viererverbandes den Dreierbund zu setzen zum Segen und im Interesse aller Arbeiter und Arbeiterinnen des graphischen Gewerbes.
Nürnberg. K. S.

Ich möchte mir auch einige Worte zum Verbandstag erlauben. Vor allem erlaube ich die gewählten Delegierten, sich eingehend mit den gestellten Anträgen zu befassen, damit ihnen nicht, wie es immer geschieht, der Vorwurf gemacht werden kann, sie haben nicht richtig abgestimmt. Jeder soll nach seiner Überzeugung abstimmen. Man erwartet doch von den Delegierten, daß sie die Interessen der gesamten Mitglieder im Auge haben, ferner die Verhältnisse der Zahlstelle, die sie zu vertreten haben, in erster Linie berücksichtigen.

Wenn wir auch nicht den Vorstand mit einem Unternehmer eines großen Betriebes vergleichen wollen, so müssen wir doch bedenken, daß der Vorstand immer darauf bedacht ist, die Kasse nicht zu schwächen und daher auch vielen Anträgen nicht so leicht zuzustimmen wird. Es ist daher Aufgabe der Delegierten, ihre Anträge genau zu begründen, um die Allgemeinheit dafür zu gewinnen. Soll unsere Sache nicht so sehr geschwächt werden, dann wäre der Antrag 115 (Köln) sehr zu empfehlen, der da verlangt, daß alle 5 Jahre ein Verbandstag stattfinden soll. Sind in der Zwischenzeit wichtige Angelegenheiten zu regeln oder Statutenänderungen vorzunehmen, dann können solche durch Krabstimmungen vorgenommen werden. Der Antrag 108, der bei Wahlen von Angestellten nicht nur den Vorstand und Ausschüß ernennen lassen will, sondern daß beide verpflichtet werden sollen, gemeinsam mit den Funktionären des betr. Gaus oder der Zahlstelle die Wahlhandlung vorzunehmen ist zu empfehlen. Ebenso möchte ich die Anträge 136, 137 und 139 empfehlen, desgleichen auch den Antrag 169 (Berlin). Ich verweise auf die vielen Unglücksfälle in der Augustarten- und Plakatbranche, wo an Gerüstes- und besonders an Minertapressen junge Arbeiterinnen verunglückten. Unsere Zeitung hat feinerzeit über eine ganze Anzahl solcher Unglücksfälle berichtet. Die Anträge 167, 168 und 169 verdienen ebenfalls Unterstützung zu werden.

Ich habe meistens solche Anträge erwähnt, welche in der Zeitung wenig berührt worden sind. Die vielen Untersuchungsanträge sind ja schon zur Genüge besprochen worden. Zu wünschen wäre nur, daß man bei den jetzigen 4 Klassen bliebe, sonst wird der Apparat immer komplizierter. Ob dies dann ein Vorteil für uns ist, kann wohl bezweifelt werden. Außer den vielen Anträgen gibt es noch eine Menge anderer Fragen zu lösen. Wie erhalten wir uns die gewonnenen Mitglieder? Warum müssen so viel getrennt werden? Wie kommt es, daß viele den Buchbinderverband meiden und lieber in andere Verbände eintreten? Warum werden andere Verbände von den Unternehmern oftmals bevorzugt um. Alle diese Fragen, mit denen sich die Ortsverwaltungen oft stundenlang befassen, müssen gestreift werden, um etwas zu finden, wodurch unser Verband kräftiger und geachtet wird. Man kann nicht zugeben, daß die Buchbinder immer als Menschen zweiter Klasse betrachtet werden. Aber auch die verschiedenen inneren Erkrankungen in den Zahlstellen müssen zur Sprache kommen. Der schlechte Versammlungsbesuch, die Hauskassierfrage usw. Eine andere Frage ist noch die, daß eine Ortsverwaltung auch das Recht bekommt, bei besonderen Fällen, wo es sich um sofortige ArbeitsEinstellung handelt, ohne erst den Beschluß des Verbandsvorstandes abzuwarten, einzugreifen. Es gibt oft Fälle, wo sofort ein Druck ausgeübt

werden muß, um Vorteile zu erzielen, da sonst der Zweck verfehlt ist.

Alle diese Fragen müssen mit erörtert werden, dann wird es auch möglich sein, unseren Verband nach jeder Richtung hin zu stärken und zu kräftigen.
K. S., Dresden.

Rathwort.

Mit der Wiedergabe der vorstehenden Zuschriften schließen wir die Diskussion über die Aufgaben unseres Verbandstages ab. Unsere Mitglieder haben sich in reichem Maße geäußert, und ohne Frage ist manche Anregung gegeben worden, während aber auf der anderen Seite — das sei gestattet auszusprechen — auch Ansichten entwickelt worden sind, denen man unter keinen Umständen beitreten kann. Wir haben es uns erlaubt, in jedem einzelnen Falle unsere gegenteilige Ansicht anzufügen, weil wir glauben, daß bei der Diskussion über die Aufgaben unserer obersten Verbandsinstanz mehr als bei allen anderen Gelegenheiten unsere Mitglieder das Recht für sich in Anspruch nehmen können, ihre Meinung zu sagen, ohne befürchten zu brauchen, daß durch die nicht gern gegebenen Reaktionsnachschriften das aufgehoben werden wird, was gesagt ist. Vom gefundenen Sinn unserer Mitglieder können wir erwarten, daß er auch ohne besonderen Hinweis das herausfindet, was nicht angängig ist, was unseren gewerkschaftlichen Bestrebungen entgegenläuft oder was sonst subjektiv unrichtiger Anschauung entsprungen war.

Allerdings, eines ist der Erwähnung wert, und das ist die Frage: Kann es auf die Dauer so bleiben, daß bei Verbandstagsdiskussionen „unbeschränkte Redefreiheit“ gegeben wird. Uns kommt ein Grausen an, wenn wir die Steigerung unserer Mitgliederzahlen beachten und die demzufolge auch steigende Lust zu allen aufgeworfenen Fragen die subjektive Stellung manches schreibewilligen Kollegen abdrucken zu müssen. Schon bei der jetzt abgeschlossenen Diskussion mußten wir den Ueberreifer einzelner Kollegen etwas eindämmen und den gefürchteten Koststoff in Anwendung bringen. Manche glauben, daß etwas nicht beachtet wird, wenn nicht gerade sie etwas dazu sagen, obwohl dasselbe schon von anderen vorher gesagt worden ist. Und wenn dann dabei eine Vorliebe für sich überschneidende Superlative an den Tag gelegt wird, dann muß dem Verantwortlichen die Selbsthilfe gestattet sein, auch wenn es sich um Verbandstagsdiskussionen handelt.

Am nicht in den Verbauch zu kommen, Zensuren erteilen zu wollen, soll es mit vorstehendem sein Bewenden haben. In nächster Nummer wird nun der Verbandsvorstand offiziell seine Stellung zu den eingegangenen Anträgen kundgeben, und dann sei die weitere Arbeit — das Sichten des Guten vom Schlechten — dem Verbandstag überlassen, der es ohne Zweifel verziehen wird, gute Arbeit im Interesse unser aller zu vollführen.

Bericht vom Gau-tag des Gaus 6/7.

Abgehalten am 11. Mai in Schwert in Mecklenburg. Der Gau-tag wurde vom Gauvorsitzenden Küster in Hamburg um 12 Uhr eröffnet. Boldt begrüßte die Delegierten im Namen der Zahlstelle Schwertin. Anwesend waren: Vom Gauvorsitzenden Küster, Stob und Sellmann; vom Verbandsvorstand Harder-Berlin; als Delegierte von Bergedorf Meißner, Bremen Koberg, Bremen haben Söndens, Delmenhorst Kolotse, Henssburg Ahrens, Hamburg-Altona Kahler, Engel, Düning und Koberbader, J e h o e Claussen, Kiel Solze, Lübeck Zimmermann und Vogel, Lüneburg Waderberg, Neuhirens Bauhof, Oldenburg i. Gr. Weidner, Rostock Engelbrecht, Wilhelmshaven Pohl, Schwertin Boldt.

- Zur Beratung stand folgende Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
 2. Geschäftliche Darlegung über die Entwicklung des Buchbinderverbandes. Referent: Harder.
 3. Die Lohnbewegungen und Agitation im Gau. Referent: Küster.
 4. Der bevorstehende Verbandstag in Stuttgart.
 5. Anträge.
 6. Verbandsangelegenheiten.

Zur Leitung der Verhandlungen wurden bestimmt: Küster und Mulder als Vorsitzende, Engel und Koberbader als Schriftführer und Boldt als Führer der Rednerliste.

Aus dem Geschäftsbericht des Gauvorsitzenden sei folgendes hervorgehoben. Der Gau hat einen großen Umfang, welcher mit Kleinbetrieben durchtränkt ist, so daß die Bearbeitung auf schrift-

lichem Wege große Arbeit verursacht. Die Mitgliederzahl hat sich vermehrt, auch die der weiblichen. Der Gau zählte in den 10 Jahrestellen und 43 Orten mit Einzelmitgliedern am Jahresabschluss 1912 1809 Mitglieder, darunter 1004 weibliche. Das ist eine Zunahme seit 1906 um 639, davon entfallen allein auf die Hamburger Zahlstelle 453. Als Referentin vom Verbandesvorstand besuchte Frau Rosziesma die größeren Zahlstellen. Bei einer Hausagitation des Gauvorstandes in Bergedorf wurden 20 weibliche Mitglieder gewonnen, welche durch die infolge niedriger Löhne herrschende Misstimmung sowie infolge Betriebs Einschränkung wieder verloren gingen. Auch in Oldenburg und Klensburg sind die Erfolge wieder verloren gegangen. Bremen und Lübeck haben gute Fortschritte aufzuweisen. In Hamburg sind mehrfach Differenzen entstanden wegen Bestellung von Männerarbeit durch Frauen. Das Ueberhandnehmen dieses Mißstandes ist vielfach auf Unkenntnis innerhalb der Kollegenschaft zurückzuführen, trotzdem im Leipziger Tarif die Frauen- und Männerarbeiten bezeichnet sind. Strenge Einhaltung dieser Grenzen ist durchzuführen. Für den im Jahre 1910 ausgearbeiteten Goutarif, welcher die neunstündige Arbeitszeit und 24 Mt. Minimallohn enthält, wurden 1914 10 Proj. Aufschlag festgesetzt. Mit Ausnahme von Lüneburg bestehen überall Wochenlöhne. In Lüneburg kam nach fünfjähriger Streik ein Tarif zustande mit 27 Mt. Minimallohn und 5 1/2 stündiger Arbeitszeit. In Delmenhorst kamen wiederholt Maßregelungen vor, welche auf Vorurteilen gegenüber Verbandsmitgliedern beruhten. Durch Verhandlung gelang es, auch dort einen Tarif abzuschließen. Für die Einzelmitglieder bestehen 6 Tarife in 31 Orten für 73 Personen. Erreicht wurden 86 1/2 Stunden Arbeitszeitverlängerung und 119 Mt. Lohnerhöhung pro Woche.

Der Kassenbericht liegt gedruckt vor und die Verträge der Zahlstellen wurden schriftlich gegeben.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Gauvorstandes allgemein anerkannt. Weibel-Harburg bringt Fälle vor, wo in einer Druckerei Gehilfenarbeit von Anterimern hergestellt wird, so daß dort bereits 2 Kollegen überflüssig wurden. Ein Maschinenmeister ging sogar dazu über, ein Mädchen mit der Arbeit an der Schneidemaschine zu betrauen. Koberger-Bremen weist darauf hin, daß sie mit ihrem Gehalt um Ferienbewilligung, welches jährlich einereicht wird, auf gefahren sind. Im letzten Jahre wurden für 71 Personen 207 Tage Ferien bewilligt. Söndens-Bremerhaven tritt für tarifliche Minimallohne ein und erklärt das Treten an der Heft- und Perforiermaschine als zu schwierig für eine Frau. Zimmermann-Lübeck vernimmt einen veröffentlichten Jahresbericht des Gauvorstandes und empfiehlt die Agitation von Haus zu Haus als die beste. Mählender-Hamburg bemerkt, daß der Minimallohn für Hamburg ab 1. Oktober auf 17,50 resp. 22,50 Mt. erhöht wird. Die Differenzen in der Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit wurden nach Möglichkeit beseitigt. Auch in der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine sind Verstöße hiergegen vorgekommen. Medner hält es weiter für notwendig, das Augenmerk der Kollegenschaft auf die Verhältnisse in der Verlagsgesellschaft zu richten, wenn wir auch augenblicklich nicht direkt davon berichten werden. Die dort beschäftigten Buchdrucker haben im Einverständnis mit ihrem Gauvorstand die Kündigung eingereicht. Ohne auf die näheren Umstände ausführlicher eingehen zu wollen, muß man doch diese Differenzen aufs tiefste bedauern. Zimmermann-Lübeck gibt seinem Erstaunen über die Vorkommnisse Ausdruck. Als Genossenschaftler kann er es nicht begreifen, daß in einem genossenschaftlichen Betriebe, dessen Grundlage doch letzten Endes nur auf der Organisation der organisierten Arbeiterschaft aufgebaut ist, solche Differenzen vorliegen. Er kann es sich nicht anders denken, als daß den leitenden Personen das Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft abhanden gekommen sei. Man müsse der Leitung der Verlagsgesellschaft klarmachen, daß sie nicht schalten und walten könne wie es ihr beliebt, sondern daß sie Rücksicht auf die organisierte Arbeiterschaft zu nehmen habe. Harber-Werlin kann es nicht glauben, daß ein genossenschaftliches Unternehmen bei Differenzen mit dem Personal Verhandlungen einfach ablehne. Durch die Hausagitation können noch größere Erfolge erzielt werden, wenn die Gelegenheiten dazu mehr benutzt und sich jeder daran beteiligen wolle. Ueber die Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit muß gesagt werden, daß ein großer Teil der Kollegenschaft diesen Vorgängen recht gleichgültig zusieht, was durch das Ergebnis der vom Verbandesvorstand ergangenen Umfrage bewiesen ist.

Krüger geht im Schlußwort auf die berührten Fragen näher ein. Der Geschäftsbericht konnte nicht verbrieflicht werden, da ihm bei seinen 1600 Mitgliedern hierzu keine Zeit zur Verfügung stand.

Wir müssen uns dagegen wenden, wenn Maschinenmeister Mädchen an die Schneidemaschine stellen. Durch die Verlegung der Abgrenzung habe die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine gegen den Tarif verstoßen. Die Entlohnung ist hier besser als in anderen Betrieben, auch die Arbeitszeit ist gut. Wenn noch eine bessere Behandlung vorhanden wäre und man ferner auch den Organisationen mehr Gehör schenken würde, hätten wir das, was wir uns wünschen. Der Arbeitsnachweis floriert gut, auch für den Gau.

Sodann referiert Harber über den zweiten Punkt. Medner streifte die verschiedenen Ansätze zur Organisation der Buchbinder bis zum Jahre 1885, wo der Verband in seiner heutigen Grundform geschaffen wurde und vertieft in längeren Ausführungen bei dem Entstehungsjahre 1906, von welcher Zeit sich der Verband zu seiner heutigen Größe entwickelt hat. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine lehrreichen Ausführungen zuteil. Möge das Vorbild unserer Vorkämpfer uns dazu anspornen, mit gleichem Eifer an die Agitation heranzugehen.

In der Nachmittagsjähung referiert Krüger über Lohnbewegungen und Agitation im Gau. Wenn wir Lohnbewegungen inszenieren wollen, muß eine starke Organisation vorhanden sein. Die Bewegung muß von unten herauf kommen. Bei Ausarbeitung von Statistiken ist die größte Genauigkeit zu beachten. Ein pünktliches Kassieren und Abrechnen der Vertrauensleute ist unerlässlich. Bei vorgesehener Lohnbewegung ist der Gauvorstand rechtzeitig zu informieren. Ebenso sind die Fragebogen zu beantworten. Im Gau bestehen 15 Tarife für 37 Orte mit 396 Betrieben und 2257 Personen. Organisiert sind 1809 Personen von circa 4000 Berufsangehörigen. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, immer mehr zu agitieren. Die vorzüglichen Unterstützungseinrichtungen des Verbandes sind Agitationsstoff, um bei den Indifferenten die Solidarität der Arbeiter zu propagieren.

In der Diskussion traten alle Redner für Tarifverträge ein. Den Zahlstellen Klostod, Schwerin, Klensburg, Wilhelmshaven und Bremerhaven wird empfohlen, ebenfalls Tarife zu schaffen. Zur Frage der Angleichung der Einzelmitglieder an das Tarifgebiet der größeren Städte bemerkt Krüger, daß dies nur für zusammenhängende Wirtschaftsgebiete in Betracht kommen kann. Im übrigen bestehe der Goutarif, der auch für einzelne Zahlstellen Gültigkeit hat. Die Einzelmitglieder müssen dem Gauvorstand angeschlossen sein, was eine Fühlung mit der nächstliegenden Zahlstelle nicht ausschließt. Harber erklärt das Muster des Goutarifs zur Nachahmung empfehlenswert.

Wenn vierter Punkt streift Mählender die Anträge zum Verbandsstag. Er hebt den Antrag Hamburg betr. Anstellung eines zweiten Beamten hervor. Der Antrag ist aus der Tatsache geboren, daß Männer die Geschäfte des Gaus und der Zahlstelle, welche immer größere Dimensionen annehmen, nicht mehr allein besorgen kann. Hieran knüpfte sich eine sehr lebhafte Diskussion, an der sich Koberger, Koberbacher, Söndens, Harber und Krüger beteiligten. Letzterer hält eine Erhöhung der Beiträge — wenn notwendig — für angebracht. Eine Verneinung der Unterzählungen sei nicht anständig. Zur Regelung der Unterzählungsfrage zeige der Hamburger Antrag den besten Weg. Die Ausführungsbestimmungen zur Invalident Unterstützung müssen noch geändert werden. Ueber die Notwendigkeit eines zweiten Beamten brauche wohl nicht mehr geredet zu werden. Doch ein großer Teil von Mitarbeitern vorhanden, beweisen der Auffassung der Zahlstelle und die vielen Werkstubeinstellungen, die abgehalten wurden.

- Zum 5. Punkt liegen folgende Anträge vor:
- Klensburg: 1. Der Goutarif solle beschließen, daß mindestens einmal im Jahre die Zahlstellen des Gaus 6/7 von einem Referenten besucht werden.
 - Bremen: 2. Die Goutarife des Gaus 6/7 finden in Zukunft nur alle drei Jahre einmal statt, und zwar immer kurz vor dem Verbandstage, aber so rechtzeitig, daß noch Anträge zum Verbandsstag gestellt werden können.
 - Klensburg: 3. Den nächsten Goutarif in Klensburg stattfinden zu lassen.

Nach kurzer Debatte werden die Anträge 1 und 3 dem Gauvorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 2 wird abgelehnt.

Zum Schluß weist Mählender noch auf die internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik hin, welche 1914 in Leipzig stattfindet. Er empfiehlt den Besuch, die Zahlstelle Hamburg-Altona wird Spartenkarten herausgeben.

Nach einem Rückblick auf die Verhandlungen und die Bedeutung des Referats Harbers schloß der Gauvorsitzende um 7 1/2 Uhr den Goutarif mit einem dreifachen Hoch auf den Buchbinderverband.

M. Koberbacher. M. Engel.

Internationales.

Die Internationale Konferenz der Buchbinderverbände findet am 24. und 25. Juni in Brüssel statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht des internationalen Sekretärs.
2. Das Ergebnis der Erhebung über die Frauenarbeit.
3. Verfassung und Einrichtungen der angeschlossenen Verbände, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Kampfmittel.
4. Beratung der vorliegenden Anträge.
5. Verschiedenes.
6. Wahl des internationalen Sekretärs.

Die Beteiligung an der Konferenz wird diesmal eine ganz außerordentliche, denn neben dem Vorsitzenden und dem Kassierer des internationalen Sekretariates werden anwesend sein: Aus Deutschland 4 Delegierte, Oesterreich 2, Ungarn 1, Schweiz 1, Norwegen 1, Frankreich 1 und England 1. Wahrscheinlich werden die Kollegen in London ebenfalls eine Vertretung entsenden. Auch aus Belgien, Dänemark und Schweden werden Vertreter anwesend sein, wenn auch von diesen eine offizielle Anmeldung noch nicht vorliegt.

Die in dieser stärkeren Beschiebung der Konferenz zum Ausdruck kommende steigende Anerkennung des Wertes der internationalen Verbindung ist zu begrüßen.

Bosnien. Die österreichische Mobilisierung gegen Montenegro, die das Verhängen des Ausnahmezustandes über Bosnien brachte, ist tatsächlich verhängnisvoll für die bosnische Gewerkschaftsbewegung geworden. Sämtliche Gewerkschaften und sonstige Arbeiterorganisationen wurden aufgelöst oder in ihrer Tätigkeit so beschränkt, daß dies einer Auflösung gleichkommt. Bücher und Gelder wurden konfisziert und das Volkshaus in Sarajewo in eine Kaserne verwandelt, die Arbeiter also aus ihrem eigenen Heim auf die Straße gesetzt! Auch die Organisation unserer Kollegenschaft in Sarajewo ist aufgelöst und über ihre Funktionäre — wie in Sarajewo allgemein — die Postsperrung verhängt.

Norwegen. Die unserer norwegischen Kollegenschaft angeordnete Aussperrung ist durch das Eingreifen der Regierung in den Buchdruckerkonflikt anscheinend endgültig beseitigt. Kristiania bleibt jedoch infolge der schwebenden Tarifbewegung nach wie vor gesperrt.

Schweiz. Im Großratsaal des kantonalen Regierungsgebäudes tagte vom 10. bis 12. Mai der Verbandstag des schweizerischen Buchbinderverbandes. Das würde, auf deutsche Verhältnisse übertragen, soviel bedeuten, als wenn der preussische Landtag seinen Sitzungssaal dem Deutschen Buchbinderverbande zu seinem Verbandstage unentgeltlich zur Verfügung stellen und ihm außerdem noch eine Subvention in bar verabreichen würde. Denn die Regierung des Kantons Luzern — nebenbei gesagt, in ihrer Mehrheit aus Konservativen (Zentrumsleuten) zusammengesetzt — bewilligte auch dem Buchbinderverbande noch 150 Fr. zu den Kosten seines Verbandstages. In Preußen werden aber sogar sozialdemokratische Landtagsabgeordnete durch Polizisten aus dem Landtagssaale herausgeworfen. Und trotzdem: „Preußen in Deutschland voran!“

Als wichtigste Tagesordnungspunkte beschäftigte den Verbandstag die Anstellung eines Sekretärs, die Einführung eines Einheitstarifs für die Schweiz, einer Invalidenunterstützung, einer dritten Beitragsklasse mit 30 Centimes Beitrag und das achtstündige Erscheinen des Verbandsorgans anstatt der bisherigen 14tägigen Erscheinungsweise. Beschlossen wurde einstimmig die Anstellung eines Sekretärs mit einem Anfangsgehalt von 2800 Fr., steigend um jährlich 100 Fr. bis zum Höchstgehalt von 3600 Fr. Die Stelle soll ausgeschrieben werden, und eine Delegiertenversammlung (der Vorsitzenden der Sektionen) soll dann die Wahl vornehmen. Diese Delegiertenversammlung soll zugleich die Grundzüge der Taktik feststellen betreffs des Einheitstarifs, wofür der Vorstand des schweizerischen Meisterverbandes einen bezüglichen Entwurf von dem Vorstand des Buchbinderverbandes verlangt hat. Zugleich hat aber auch der Vorstand des Meistervereins seine Mitglieder angewiesen, sich so einzurichten, daß alle Tarife im Jahre 1915 ablaufen. „Ganz wie bei uns!“ möchte man ausrufen. Die schweizerischen Kollegen haben allerdings auch demgegenüber ihre Maßnahmen getroffen, indem sie durch Urabstimmung einen Extrabeitrag von wöchentlich 10 und 5 Centimes bis zum Jahre 1915 beschlossen haben. Und der jetzige Verbandstag beschloß, vom Jahre 1915 an den Extrabeitrag zu den regelmäßigen Beiträgen zu schlagen, damit die Verhandlungskasse allen Eventualitäten gewachsen ist.

Die Einführung einer dritten Beitragsklasse wurde abgelehnt; es bleibt also bei 1 Fr. in der ersten Beitragsklasse und 50 Cts. in der zweiten, exklusive der Extrabeiträge.

Das achtjährige Erscheinen des Verbandsorgans: „Der Buchbinder“ — „Le Relieur“ — soll erwogen und geprüft werden, wenn der Sekretär angestellt sein wird.

Die Einführung einer Invalidenunterstützung wurde dergestalt beschlossen, daß in der ersten Beitragsklasse der Wochenbeitrag um 20 Cts. erhöht und nach zehnjähriger Karenzzeit eine Unterstützung von 8 Fr. pro Woche dafür gewährt wird.

Von den weiteren Beschlüssen sind erwähnenswert:

Die Beiträge zu den örtlichen Unionen (Gewerkschaftskarte) und zu den Arbeitersekretariaten haben zukünftig die Sektionen (Zahlstellen) und nicht mehr die Hauptkasse zu tragen. Alle Anträge bezüglich der Krankenkasse und der Krankenunterstützung wurden zurückgestellt in Rücksicht auf die noch fehlenden Ausführungsbestimmungen zu der schweizerischen Krankenversicherungsgesetzgebung. Bezüglich der Hinterbliebenenunterstützung wurde eine Erhöhung vorgenommen, indem den Angehörigen der Mitglieder mit 260 Wochenbeiträgen die Unterstützung von 100 auf 200 Fr. erhöht wird in der ersten und von 50 auf 100 Fr. in der zweiten Beitragsklasse. Die Neuregelung der Arbeitslosen- und Umzugsunterstützung wurde zurückgestellt, bis der Sekretär gewählt und bis vielleicht die internationale Gegenseitigkeit ausgebaut sein wird. Die Streikunterstützung wurde wie folgt festgesetzt:

An Mitglieder mit eigenem Hausstand 2 Klasse täglich 2 Fr. = 14 Fr. wöchentlich; 1. Klasse täglich 3,50 Fr. = 24,50 Fr. wöchentlich. An Mitglieder ohne eigenen Hausstand 2. Klasse täglich 1,50 Fr. = 10,50 Fr. wöchentlich; 1. Klasse täglich 2,50 Fr. = 17,50 Fr. wöchentlich.

In das Statut soll die Bestimmung aufgenommen werden: „Die Akkordarbeit ist zu bekämpfen“. Ob das nicht nur ein platonischer Wunsch bleiben wird, können wir wohl gestrotzt der Zukunft überlassen. In Deutschland, in dem früher die Bekämpfung der Akkordarbeit mit zu den Glaubensartikeln des Buchbinderverbandes gehörte, hat man diesen Standpunkt schon längst verlassen.

Der Vorstand wurde mit der Aufnahme einer Lohnstatistik beauftragt.

Anstatt auf 50 Mitglieder soll zukünftig auf 100 Mitglieder ein Delegierter zum Verbandstag kommen. Der Vorstand und die Geschäftsprüfungskommission (Verbandsausschub) sollen zukünftig nur drei bzw. zwei Vertreter auf den Verbandstag entsenden dürfen. Bisher kommen alle Mitglieder dieser Körperschaften zu den Verbandstagen.

Als Redakteure für das Verbandsorgan wurden die Kollegen Robert Albert-Zürich für den deutschen Teil und Willi Peterwitz-Genf für den französischen Teil wiedergewählt.

Da am Vororte des Verbandes zwischen Vorstand und Zahlstelle seit Jahren Streitigkeiten bestehen und man befürchtete, daß auch diese Streitigkeiten nachteilig auf die Wahl des Vorstandes einwirken würden, der in seiner Gesamtheit von der Vorortzahlstelle gewählt wird, so wurden drei Delegierte dazu bestimmt, in Bern eine Verständigung herbeizuführen. Sollte das nicht gelingen, so soll der Sitz des Verbandes von Bern nach Zürich verlegt werden.

Damit waren die Verhandlungen des Verbandstages erledigt.

Als Gäste waren anwesend: der Vorsitzende des österreichischen Buchbinderverbandes, Vertreter der anderen graphischen Verbände und der Internationale Sekretär und Vertreter des Deutschen Verbandes, Kloth. Letzterer nahm zu verschiedenen Tagesordnungspunkten das Wort und trug der Verbandstag mancher seiner Ausführungen Rechnung. E. K.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

Deutschland.

- Arnstadt (Firma Busch u. Tölle).
Dreslau (Firma M. Kragen u. Co.).
Grünstadt (Firma Schäffer).
Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Seyden).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

Deutschland.

Oberlohn.

Rumänien. (Infolge angebotener Ausperrung.)

Schweiz.

Ghur-Davos (Buchbinder).

Luzern (Buchbinder).

Berlin. Luxuspapierbranche. Zu einem Streik bei der Firma Ernst u. Co. führten Lohnstreitigkeiten, der durch das unsterbliche Verhalten der dort Beschäftigten schon nach acht Tagen zur vollen Zufriedenheit der letzteren erledigt wurde. Die Lohnverhältnisse bei der Firma sind im großen und ganzen recht schlecht, und nur wenige der eingearbeiteten oder bevorzugen Arbeiter und Arbeiterinnen bringen es zu einem annehmbaren Lohnsatz. Wiederholte Vorstellungen bei den Geschäftsleitern um angemessene Zulagen wurden unter allerlei nichtigen Ausreden erst für die Zukunft in Aussicht gestellt. Beim letzten Versuch gebrauchte man die andernwärts schon so häufig mißbrauchte Ausrede, daß wegen des Weltkrieges das Geschäft daniederliege und nach Eintritt des Friedens erst die gewünschten Lohnzulagen gegeben werden könnten. Des Kasstürens mäde, erkannte nun das Personal immer mehr, daß es nur durch festen Zusammenhalt seiner Forderung genügenden Nachdruck verleihen könnte. Die Kollegen schlossen sich immer mehr dem Verbände an und erreichten auch dadurch, daß eine große Anzahl der weiblichen und männlichen Beschäftigten am 1. Mai eine Zulage von 1 bzw. 2 Mk. erhielten. Da aber noch immer ein größerer Prozentsatz Inorganisierte im Betriebe waren, konnte man es sich ja leisten, eine „Auslese“ zu halten, wer der Zulage würdig sei. Man glaubte noch weiter gehen und in einer Abteilung „Lohnregulierungen“ vornehmen zu können. Welcher Art dieselben waren, kann man daraus ersehen, daß dadurch einzelne Arbeiter und Arbeiterinnen einen Lohnausstoß von 5 bis 6 Mk. pro Woche behält hätten. Das schlug dann dem Kopf den Boden aus und die in dieser Abteilung Beschäftigten legten einmütig die Arbeit nieder, nachdem der Arbeitgeberausstoß in den sehr häufigen Verhandlungen keine Einigung erzielen konnte. Die folgenden Geschäftsversammlungen bewiesen, daß alle Beschäftigten einmütig hinter den Streikenden standen und einzig darin waren, bei weiteren Provokationen ebenfalls die Arbeit niederzulegen. In der am 6. Mai stattgefundenen Geschäftsversammlung, die von über 200 Personen besucht war, wurde dann folgende Resolution einmütig angenommen:

„Die am 6. Mai 1913 tagende Geschäftsversammlung der Firma Ernst u. Co. nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem schroffen Vorgehen, welches die Geschäftsleitung bei den letzten Verhandlungen an den Tag gelegt hat. Sie behauptet, daß die Geschäftsleitung das wiederholt gegebene Versprechen, Lohnzulagen zu gewähren, nicht voll eingehalten hat.

Sanz besonders verurteilt sie die Zumutung, daß ein Teil der Arbeiter sich Lohnabläge gefallen lassen soll, um den anderen, gar zu schlecht entlohnenden Arbeitern Zulagen zu gewähren zu können. Denn dadurch ist — ebenso wie durch die ohnehin schlechten Lohnverhältnisse bei der Firma — nur tiefste Erbitterung in alle Kreise der bei der Firma Beschäftigten hineingetragen worden.

Da die Betriebsleitung durch ihr schroffes Vorgehen allein die Schuld an den scharfen Gegensätzen trägt, wie sie in den letzten Tagen durch die Arbeitsniederlegung zum Ausdruck gekommen sind, so lehnen die Versammelten die Verantwortung für alle event. daraus sich weiter ergebenden Konsequenzen ab. Sie verpflichten sich aber, um so treuer zu dem Verbände zu stehen und für ihn zu agitieren, um gegen alle weiteren Willkürlichkeiten der Geschäftsleitung gerüstet zu sein.“

Die Erregung erscheint verständlich, wenn man weiter hört, daß unter den Streikenden hzw. Entlassenen Personen waren, die 6 bis 10, ja sogar 14 und 17 Jahre der Firma treu und brav gedient hatten und zum Danke dafür auf das Pfahler geworden wurden. Keiner der noch im Betriebe Verbliebenen fühlte sich nach diesem Vorgehen sicher; niemand glaubte mehr an die schönen Worte von der Lebensstellung und der Einsicht, daß man selbst aus eigenem Antrieb den Arbeitern einen anständigen Lohn geben würde. Der Ernst der Situation wurde nun auch der Firma bewußt, sie lenkte ein und wollte innerhalb der nächsten acht Tage unter Zugewandnis der geforderten Löhne die Streikenden nach und nach einstellen. Da die Streikenden jedoch

darauf bestanden, geschlossen, wie sie den Betrieb verlassen, denselben auch wieder betreten zu können, so willigte man auch wieder ein, und konnten nach dem Fingertitel alle zusammen die Arbeit wieder aufnehmen. In Lohnsätzen wurde zugestanden: für Zeichner 36 Mk., Stanger 30 Mk., Aufer 27 Mk. und Kollagerenschneiderin 21 Mk. Wochenlohn.

Der schöne Erfolg beweist, daß die Arbeiterschaft nur durch Einigkeit etwas erreichen kann. Mögen alle daraus die Lehre ziehen, daß sie, getreu der Resolution, weiter für den Verband agitieren, damit alle treue Mitglieder unserer Organisation werden und derselben dauernd erhalten bleiben. Denn die Erfahrung hat hundertfach bewiesen, daß die Achtung vor der Arbeiterschaft dahin ist, sobald die Unternehmer merken, daß „ihre“ Arbeiter nicht mehr zusammenhalten, d. h. nicht mehr organisiert sind. Denn in der Einigkeit liegt unsere Stärke!

Arnstadt. Der Lohnkampf in Arnstadt beschäftigt jetzt anscheinend auch die Behörden. Beim Arbeitersekretär in Arnstadt wurde eine Hausdurchsuchung abgehalten und dabei nach einem Schriftstück — es soll sich um bei Busch u. Tölle gedruckte Referenzen für den Streikbrecheragenten Boh handeln — gefahndet. Gefunden wurde nichts. Einer unserer Kollegen mußte sich in der gleichen Sache einem polizeilichen Verhör unterziehen, wobei selbstverständlich auch nichts zutage gefördert wurde. Wegen diesen Kollegen soll eine Anklage wegen Verleitung zum Diebstahl und Vertrauensbruch erhoben werden, eine Sache, die ebenfalls so verpuffen wird, als wie alle die anderen Aktionen der Firma Busch u. Tölle.

Die Firma ist aber auch wirklich vom Pech verfolgt. Nicht nur, daß ihr alles Vorgehen gegen die Streikenden daneben gelingt, jetzt haben auch die Arbeitswilligen den gattlichen Betrieb wieder verlassen. Aus welchem Grunde das geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. Doch soviel ist sicher: Die Firma hätte sich all ihr Mißgeschick ersparen können, wenn sie ihrem eingearbeiteten Personal ein wenig Entgegenkommen gezeigt hätte. Ihr Auftreten rächt sich nun bitter.

Ludensweiler. Die Zahlstelle hielt am 15. Mai eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche von 133 Kollegen und Kolleginnen besucht war. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Antwort der Arbeitgeber und Beschlußfassung darüber. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Lehmann den Kassensbericht vom 1. Quartal, welcher in der vorigen Versammlung nicht gegeben werden konnte. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 2056,46 Mk., eine Ausgabe von 1731,06 Mk.; die Lokalkasse eine Einnahme von 1294,29 Mk. und eine Ausgabe von 205,87 Mk.

Ruhe verlas dann das Schreiben, welches der Vorstand an die Arbeitgeber am 4. Mai gesandt hat, desgleichen das vom Gaubevollmächtigten entsandte Schreiben vom 5. Mai. In beiden Schreiben wurde den Herren kargelegt, daß die Arbeiter mit den Zugeständnissen nicht einverstanden sind. Sie wurden ersucht, mit dem Vorstand und dem Gaubevollmächtigten in mündliche Verhandlung zu treten. Die Unternehmer bewilligten 5 Pf. Lohnzulage; bei Altfordarbeitern (Tellerpressern) sollte dieser Zuschlag nur bei den schlecht bezahlten Tellern eintreten, wofürgegen bei den besser bezahlten gar kein oder nur ein geringer Zuschlag gewährt wurde. Die Presser sollen einen Stundenlohn von 37 Pf. erhalten, sich erhalten sie 34 Pf. Selbst einen Arbeiterausstoß lehnen die Herren ab. Die Gründe hierzu geben sie nicht an. Die Arbeiter forderten eine 10prozentige Lohnzulage und Lohnausgleich und eine Arbeitszeit von 54 Stunden pro Woche oder pro Tag 1/4 Stunde Verkürzung. Auch das wurde abgelehnt. Die Unternehmer lehnten überhaupt jede mündliche Verhandlung ab. In einem Schreiben an den Gaubevollmächtigten brachten sie zum Ausdruck, daß sie nicht mehr bewilligen könnten, da die Konkurrenz zu groß sei und auch die Arbeiten im Zucht haus billiger hergestellt werden, als sie dieselbe liefern können. Der Vorliegende machte weiter bekannt, daß der letzte Schritt getan und das Einigungsamt angerufen sei. Man wird erst abwarten, wie sich die Unternehmer hierzu stellen.

Es entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher sich Redner für Aufschub der Kündigung bis zum 24. Mai aussprachen und andere für sofortige Kündigung. Der Kamille einzelner Redner trat zutage, weil die Unternehmer erst nach 6 Wochen, nach nochmaliger Aufforderung, geantwortet haben. Der Antrag der Ortsverwaltung, mit der Kündigung bis zum 24. Mai zu warten, wurde mit 106 gegen 27 Stimmen angenommen.

Die Firma Henschel hat sich den Fabrikanten nicht angeschlossen. Der Firmeninhaber ließ am 14. Mai seine Leute zwecks Besprechung nach dem Kontor kommen. Eine Einigung kam dabei nicht zustande und wird der Gaubvorsitzende Kemfer weiter mit ihm verhandeln. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten forderte der Vorsitzende die

Kollegen und Kolleginnen auf, recht zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und mit der Ortsverwaltung Hand in Hand zu geben, da diese nicht alles allein bewerkstelligen könne und die Unterstützung der Mitglieder brauche.

Bis zur Beendigung unserer Bewegung ist aller Zugang nach hier fernzubehalten!

Nürnberg-Fürth. Die am 4. Mai in Fürth stattgefundene Hauptversammlung war leider sehr schwach besucht. Dem von Beirätlern erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Konjunktur noch schlechter war wie im 4. Quartal 1912 und daß zurzeit die Zahl der Arbeitslosen noch eine hohe ist. Noch ist nicht voraussehen, wann ein Besserung eintreten wird. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in üblicher Weise. In einer Mitgliederversammlung referierte Arbeitersekretär Eichenmüller über: Das neue Krankenversicherungsgesetz. Der in Regensburg abgehaltene gemeinsame Gausstag hat alle Anträge gutgeheißen und konnten diese unverändert zum Verbandstag eingereicht werden. Der schriftliche Verkehr war anlässlich der Vorarbeiten zum Gau- und Verbandstag ganz besonders reger. Durch unseren Nachweis wurden Stellen für 6 Kollegen und 7 Kolleginnen vermittelt. Den gleichen Erfolg wie im 4. Quartal 1912 hat die Agitation auch im abgelaufenen Quartal aufzuweisen. Die Hausagitation hat sich sehr gut eingelebt, doch läßt das Bescheidhalten von Adressen immer noch sehr zu wünschen übrig. Diese mußten vielfach durch die Agitationskommission auf umständlichem und mühseligem Weg gewonnen werden. Wohl sind diesmal die Kommissionen besser besetzt gewesen wie früher, trotzdem müssen sich noch weit mehr Mitarbeiter und -arbeiterinnen zur Kleinarbeit zur Verfügung stellen. Beide Kommissionen hielten 22 Sitzungen ab. Außer der Hausagitation wurden noch 42 Werkstubeversammlungen abgehalten, welche vielfach mit zur Gewinnung von Adressen notwendig wurden. Beide Kommissionen haben unter den obwaltenden, schwierigen Verhältnissen sehr fleißig gearbeitet und gebührt ihnen der wohlverdiente Dank. Für das 2. Quartal sind bis jetzt schon wieder 40 Aufnahmen zu verzeichnen, ein guter Beweis dafür, daß durch fleißige, ausdauernde Kleinarbeit auch bei schlechtem Geschäftsgang ganz schöne Erfolge erzielt werden können.

Anlässlich Lohn Differenzen waren 3 Sitzungen und 6 Werkstubeversammlungen nötig. Unterhandlungen mit Unternehmern wurden in 2 Fällen geschlossen. Auswärtige Differenzen erforderten vier Sitzungen und dreimal Unterhandlungen. An drei Firmen sind zurzeit Lohnforderungen eingereicht, ein Beweis dafür, daß auch in stauer Zeit Veruche zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternommen werden.

Die Mitgliederbewegung weist eine Zunahme von 9 männlichen und 25 weiblichen Mitgliedern auf.

Dem Kassenericht ist zu entnehmen, daß die Verbandskasse mit 4235,42 M. Einnahmen und einem Guthaben der Zahlstelle von 70,02 M. für das 2. Quartal 1913 und 3635,42 M. Ausgaben bilanziert. Der Ausgabebeleg „Arbeitslosenunterstützung“ ist annähernd doppelt so hoch wie im 4. Quartal 1912. Die Lokalkasse weist eine Einnahme von 4130,17 M. auf, welcher 1722,17 M. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Kassenbestand von 2408 M. verbleibt.

Zu Punkt 2 „Verbandstag“ wies Beirätlern a. a. auf den Antrag Berlin und Leipzig betreffs Streitunterstützung hin und betonte, daß bei Durchführung dieses Antrages ein Streit für den größten Teil unserer Zahlstellen auf viele Jahre hinaus unmöglich wäre. Josef war der Auffassung, daß nichts so heiß geheißen wird, wie es gekocht ist. Wenn erhöhte Leistungen zur Geltung kommen sollen, so müsse auch für Deckung Sorge getragen werden. Haag wies ebenfalls auf einen Antrag des Verbandsvorstandes hin, der auf eine ganz erhebliche Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung hinfiele. Als Kandidaten zum Verbandstag wurden folgende Kollegen ausgewählt: Gerber, Beirätlern, Mimm, Böhmner, Neiß und Haag. Als Gaubeisitzer wurden Josef und Reichert gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten fanden noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung und erfolgte Schluß der sehr gut verlaufenen Versammlung, die wiederum bewiesen hat, daß bei sachlicher Erörterung eine sehr reichhaltige Tagesordnung in 2-2½ Stunden erledigt werden kann.

Brandenburg. In der am 7. Mai abgehaltenen Versammlung wurde nach Entlastung des Kassierers von einer Kandidatur zum Verbandstag zugunsten des Ludenwalder Kollegen Kuhnle Abstand genommen. Einmütige Annahme fand aber folgende Resolution:

„Der Verbandstag möge die Verhältnisse in den Provinzialstädten berücksichtigen und speziell von einer Vertragserrhöhung in den jetzigen vier Vertragsklassen Abstand nehmen, aber die Einführung einer 5. Vertragsklasse fördern.“

Um einen regeren Versammlungsbesuch zu erzielen, wurde beschlossen, das Versammlungslokal nach dem „Volkshaus“ zu verlegen. Ebenfalls wurde der Antrag einstimmig angenommen, noch nicht bezugsberechtigte sowie anspruchlose Kollegen auf der Meise außer der Schlafmarke mit 50 Pf. in bar aus dem Extrafonds zu unterstützen. Um das Hauskassieren beizubehalten, wurde an Stelle des abreisenden Kollegen Erjak gewählt. Ferner wurde beschlossen, um die Harmonie unter den Kollegen zu heben, am 1. Juni eine Familienunterhaltung abzuhalten. In der Hoffnung, nun auf mehr Versammlungsinteresse durch die Kollegen rechnen zu dürfen, schloß darauf der Bevollmächtigte die von 11 Kollegen besuchte Versammlung.

Forstheim. Unter Leitung unseres Bezirksleiters Schröter-Lahr wurde vom 28. April bis 5. Mai eine durchgreifende Haus- und Betriebsagitation vorgenommen. Sämtliche Betriebsbetriebe waren zu Betriebsversammlungen eingeladen, in welchen Schröter über: „Der Kampf um die Existenz“ referierte. Mit trefflichen Worten führte Redner den Anwesenden vor Augen, wie alles, was Kleinem und unscheinbarsten Geschöpfen bis zum Vollenzisten, den Menschen, den Kampf um die Existenz führen muß. Gegenwärtig, im Zeichen der Teuerung, sei der Kampf leichter zu führen, wenn die Arbeitererschaft sich organisieren, um mit Hilfe der Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen. Der Referent erinnerte an die Erfolge der Eisnarbeitererschaft in früheren Jahren, geistete aber auch die gegenwärtige Gleichgültigkeit und machte auf die Gefahren, welche daraus entstehen können, aufmerksam. Mit einem Aufruf, die Fernstehenden der Organisation zuzuführen, schloß er seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nach kurzer Debatte und Erledigung einiger Zahlstellenangelegenheiten fanden die Versammlungen ihren Abschluß.

Die Versammlungen hätten besser besucht sein dürfen, doch zeigte sich, daß immer noch ein guter Geist in der Organisation vorhanden ist.

In Unterreichenbach, wo ebenfalls eine Versammlung stattfand, war der Besuch ein besserer wie in den Forstheimer Betrieben. Die Hausagitation, die an drei Tagen vorgenommen wurde, war von Erfolg begleitet und wird bei späteren Versuchen ein noch besserer Erfolg nicht ausbleiben, wenn das Gesagte beherzigt wird und jedes Mitglied seine Pflicht tut und mit an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes hilft. Nicht unsonst war die Arbeit, denn eine Anzahl neuer Mitglieder wurde wieder gewonnen.

Berlin. Bei der am 17. Mai stattgefundenen Wahl der Delegierten zum Verbandstag wurden 3548 Stimmzettel abgegeben, davon waren 192 unguiltig. Es erhielten Stimmen: Kulikowski 246, Lippold 2751, Klar 2736, Bientke 2723, Herzog 2719, Hoffmann 2679, Stephan 2600, Frau Krugmin 2575, Czerny 2487, Würgerberger 2458, Klappenbach 2451, Kempte 2441, Hüger 2423, Brüdner 2385, Frau Strauß 2307, Krüger 2304, Jünemann 1991, Röll 1949, Frau Wöllner 1796, Teutsch 1731, Schnabel 1445, Frau Lüdtke 1439, Petermann 1344, Voigt 1292, Jahn 1194, Müßler 1182 und Hafe 977. Die ersten 19 sind somit gewählt.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Görsbach-Neugersdorf, O. Hauswald, Neugersdorf i. Sa., Arnostraße 292 b, 11.

ANZEIGEN

Zahlstelle Chemnitz.
Unserm lieben Kollegen **Bernhard Chemnitz** nebst Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Kollegen **W. Krumholz, E. Bauer, E. Hänel.**

Unserm Sangesbruder und Kollegen **Hans Binar** zu seiner Abreise ein herzliches Lebwohl.
Buchbinder-Männerchor Walddrausch, Hamburg.

Selbständig.
Seltene Gelegenheit zum Selbständigmachen bietet sich thätigem Buchbinder durch Kauf meiner **Buch-, Papier- u. Schreibwarenhandl.** Ich gebe dieselbe unter den günstigsten Bedingungen ab u. weisse fortlaufend Aufträge zu. Offert. unter **B. P. 210** an die Exped. d. Bl.

Tüchtige Buchbinder
zur Herstellung guter Lederbände gesucht, auch solche, die Bilder zu rahmen verstehen. Beschäftigung dauernd.
Georg Sulze, Hamburg 5.

In aufblühend. u. verkehrsreicher Industriestadt a. Niederb., 40000 Einw., ist ein **Edenlokal mit Wohnung** i. nächst. Nähe mehr. lat. Schul. u. d. Realgymnas. geleg., p. August-Sept. 1913 pünkt. zu verm. Off. unt. **S. O. 221** a. d. Exp. d. Bl.

Suche eine **gebrauchte Gehrungs-Kreissäge** mit Kraftbetrieb zu kaufen. Ferner **1 elektr. Motor 1 SP., 1 geb. Pappschere** und **1 Glasschneidmaschine**, rund u. oval.
Weiß, Guben, Schulstr. 7.

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse
in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Einzieranstalten, Album-, Etuis-, Kartonnagen-, Galanterie- und Lederwaren-, Luxuspapier- und Papierwarenfabriken und ähnlichen Betrieben in Deutschland
Aufgenommen im November 1910
Mit einer Einleitung über die Ausbreitung der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907
Preis für Mitglieder 1,30 M., für Nichtmitglieder 6,30 M., Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an **E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 631**, zu richten.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.